Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. **Erscheint** täglich außer Sonn- u. Feiertags **in Halle a. S.**, Sonnabends mit der illustrierten Beilage **„Volk und Zeit“.**

Verlag u. Expedition: Halle. Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 19 | **Bezugspreis:** Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Montag, den 24. Januar 1921 | [illegible] Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang

Rotgardisten und Weißgardisten.

Putschgelüste von rechts und von links.

In **Westdeutschland** ist kürzlich, wie schon berichtet wurde, angeblich eine große rotgardistische Verschwörung zum Sturz der Verfassung und der Regierung und zur Einführung der Sowjetdiktatur aufgedeckt worden. Sieben Personen wurden verhaftet, darunter auch ein Lehrer und Oberleutnant der Reserve, der es ja verstehen muß. In der Nachtausgabe des Wolff'schen Telegraphen-Büros werden nun diese Pläne und die Organisation der Verschwörer spaltenlang geschildert. Danach besteht in Berlin eine militärische Leitung der Roten Armee, welche von der politischen K. P. D. ins Leben gerufen ist und die die übergeordnete Stelle für mehrere Kommandobehörden bildet.

In der Folge werden dann diese Kommandobehörden in ihrer Einteilung benannt, aber beileibe kein Name oder eine Adresse. Es ist also wieder nur ein schöner Papierplan, aus dem WTB. aber doch folgende Schlußfolgerungen zieht:

„Die K. P. D. betrachtet sich gewissermaßen als einen Staat im Kleinen mit Ressorts, wie Finanzwesen, Arbeitswesen, Zivilorganisationen, Militärwesen usw. Das Militärwesen teilt sich in die Militärpropaganda (MP) und die Militärabteilung (MA.)“

Dann wird der kommunistische Staat im Kleinen genauer beschrieben und es kommt dabei sozusagen ein Aufsatz aus der Kinderfibel über den preußischen Militärstaat zutage. In diesem Fibelaufsatz wird dann festgestellt:

„Nach diesem Beweismaterial sind leichte und schwere Waffen, sowie sonstiges Kriegsgerät in erheblicher Menge vorhanden.“

Sonderbarerweise bleiben die kommunistischen Waffenlager nur immer auf dem Papier auffindbar, während man Waffenlager der „Orgesch“ tagtäglich in voller Reellität entdeckt.

Nun ist es ja möglich, daß es unter den Kommunisten einige verkannte Generalstäblergenies gibt, die während des Weltkrieges nicht zu ihrem Rechte kamen, aber zur Aufstellung einer Roten Armee, die eine irgendwie brauchbare Kampforganisation wäre, werden sie es nie bringen. Desto öfter werden sie Lockspitzeln ins Garn laufen und der Orgesch Gelegenheit geben, zu versichern, nun, da schon wieder eine gefährliche Verschwörung aufgedeckt worden sei, sei **ihre eigene Existenz als Abwehrtruppe gegen den kommunistischen Umsturz erst recht berechtigt.**

Die kommunistische Presse hat nun versucht, die Enthüllung aus Westdeutschland durch eine Gegenenthüllung zu parieren. Sie veröffentlicht einen Wortlaut und zum Teil das Faksimile eines Rundschreibens der sogenannten vaterländischen Königspartei, das geeignet wäre, seine Unterzeichner auf das heilloseste bloszustellen, freilich nur unter der einen Voraussetzung, daß das Dokument echt wäre. Nun sieht aber jeder vernünftige Mensch auf den ersten Blick, daß es sich um nichts anderes als um eine Fälschung handeln kann, auf die die Redaktion der „Roten Fahne“ hineingefallen ist. Man kann den Herren Ludendorff, Reventlow und Escherich alles mögliche zutrauen, aber daß sie so dumm sind, ein Rundschreiben zu unterzeichnen, das in seinem Inhalt ein ganz konfuses Gewäsch und im übrigen nur dazu geeignet ist, sie moralisch und juristisch ans Messer zu liefern, das kann man nicht annehmen.

Das angebliche Rundschreiben der Vaterländischen Königspartei ist nur als Fälschung interessant. Die kommunistische Presse, die es gläubig veröffentlicht, nimmt damit den Inhalt eines Schriftstückes als echt an, der von folgenden Gedanken ausgeht: Infolge Geringerwerdens unserer Lebensmittel würden im Februar und März Unruhen ausbrechen, die die Königspartei dazu benützen werde, ihre Pläne zu verwirklichen. Das Entstehen dieser kommunistischen Unruhen sei für die Königspartei in solchem Maße wünschenswert, daß sie gegebenenfalls selber dazu übergehen müsse, derartige Unruhen allgemein zu provozieren.

So falsch das Dokument ist, so echt ist dieser Gedankengang. Störungen der Ordnung, Gewalttätigkeiten, nützen nur der Rechten, weil diese, wenn es einmal so weit kommt, viel mehr Kraft besitzt, die Ordnung nach ihrem Sinne umzudrehen, als die Kommunisten. Darum hat ja die Sozialdemokratie sofort nach der Novemberumwälzung erklärt, daß nicht neuer Umsturz und Gewalttat, sondern Sicherung und Ausbau der eroberten demokratischen Staatsverfassung für die Arbeiterklasse die Aufgabe des Tages sei. Und eben weil sie diese Auffassung vertrat und nach ihr handelte, wurde sie von allen, die den Zusammenhang damals noch nicht kapierten, in der unsinnigsten Weise verleumdet und beschimpft. Heute ist die kommunistische Presse selber davon **überzeugt, daß die Rechte nur auf einen Putsch von links** wartet, ja diesen unter Umständen selber herbeizuführen beabsichtigt. Besäße sie nur eine Spur von Ehrlichkeit, so müßte sie nach dieser Erkenntnis zugeben, daß die Sozialdemokratie ganz recht gehabt hat, und daß der scheinrevolutionäre Kommunismus den Arbeitern nicht besser nützen kann, als dadurch, daß er schleunigst von der Bildfläche verschwindet.

Die Spaltung der italienischen Partei vollzogen.

Livorno, 22. Jan. (Stefani.) In der gestrigen Sitzung des Sozialistenkongresses wurden bei der Abstimmung 98 028 Stimmen für die Unitaristen (Serrati-Gruppe), 58 783 Stimmen für die Sezessionisten (Kommunisten) und 14 695 Stimmen für die Konzentrationisten (rechter Flügel) abgegeben. 981 Vertreter enthielten sich der Abstimmung. Nach diesem Ergebnis verließen die reinen Kommunisten den Kongreß. Sie begaben sich in einen anderen Saal, um die Kommunistische Partei als italienische Sektion der Dritten Internationale zu gründen. Der Kongreßpräsident erklärte darauf unter dem Beifall der Versammelten, daß der Kongreß der Sozialdemokratischen Partei seine Arbeiten fortsetze. Zum Schluß ernannte der Kongreß die Mitglieder der Parteileitung und bestätigte Serrati als Direktor des „Avanti“. Alsdann erklärte der Präsident den Kongreß für geschlossen.

Die Pariser Konferenz beginnt.

Der englische Ministerpräsident in Paris.

Paris, 23. Januar. Lloyd George, Lord Curzon und die Mitglieder der englischen Delegation sind heute nachmittag angekommen. Ministerpräsident Briand begrüßte die englischen Staatsmänner. Er hatte mit Lloyd George und Lord Curzon eine halbstündige Unterredung. Gleichzeitig mit der englischen Delegation ist der italienische Botschafter de Martino in Paris angekommen. Der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Graf Sforza, wird im Laufe des heutigen Abends erwartet.

Vorberatungen der Franzosen.

Paris, 23. Januar. Wie Havas meldet, fand heute vormittag beim Präsidenten der Republik eine Sitzung statt, der die Herren Briand, Loucheur und Doumer beiwohnten, sowie der Vorsitzende des Reparationsausschusses, Louis Dubois, Berthelot und die beiden Delegierten der Sachverständigenkonferenz in Brüssel Seydoux und Cheysson. In der Konferenz ist über die Haltung der französischen Abordnung in der Reparationsfrage bei den kommenden Beratungen gesprochen worden.

Zunächst Entwaffnung der Einwohnerwehren.

Paris, 23. Jan. Wie „Temps“ mitteilt, wird morgen vormittag nach Eröffnung der Sitzung des Obersten Rats an erster Stelle die Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren behandelt. Man glaubt, daß das Reparationsproblem erst Dienstag zur Besprechung gelangen werde.

*

Vom Ausgang dieser Vorverhandlungen zwischen England und Frankreich und von den Ergebnissen, welche die nun wieder aufzunehmenden Verhandlungen in Brüssel Frankreich bringen werden, wird es abhängen, ob das Kabinett Briand lebensfähig ist. Manche der französischen Politiker prophezeien ihm ein sehr kurzes Dasein, trotzdem Briand eine oratorisch glänzende Programmrede gehalten hat und ihm mit 475 gegen 68 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Man tadelt und verspricht.

Wien, 22. Januar. (TU.) Die immer mächtiger anschwellende Anschlußbewegung an Deutschland veranlaßte gestern den englischen Gesandten, Sir Lindlay, in Interviews zu erklären, daß dies sehr bedauerlich sei. Man bedenkt dabei nicht, sagte der Gesandte, daß das Aufwerfen dieser Frage nicht nur die deutsche Regierung in Verlegenheit bringt, sondern auch geeignet ist, die alliierten Mächte zu verstimmen. Es wäre daher im eigensten Interesse Deutschösterreichs, diese Angelegenheit ruhen zu lassen.

Paris, 22. Januar. (WTB.) Nach dem „Echo de Paris“ wird Frankreich dem Obersten Rat Vorschläge über eine Hilfe für Oesterreich unterbreiten. Es werde elsaß-lothringer Getreide im Werte von einigen Millionen Mark geliefert werden.

Abstimmung über Einführung der Frankenwährung.

Saarbrücken, 23. Januar. Bei der gestrigen Abstimmung der Eisenbahner im Saargebiet über die Einführung der Frankenwährung bei der Lohnzahlung wurden 4315 Stimmen für die Frankenwährung und 11 467 Stimmen dagegen abgegeben.

Es geht um alles.

Von Robert Breuer.

Noch ist sie allzugroß die Schar der Träumer, die nicht begriffen haben, daß es bei der bevorstehenden Preußenwahl um alles geht; um alles, was wir durch die Revolution errungen haben, um alles, was wir seitdem mühsam, unzulänglich zwar, aber entwicklungsfähig ausbauen konnten, um alles, was wir als notwendig und für das weitere Dasein des Volkes entscheidend anstreben müssen. Wenn noch bei irgend jemandem ein Zweifel bestanden haben sollte, daß dieser Wahlkampf die Reaktion in fest geschlossenen Reihen, zu rücksichtslosem Kampf bereit, wird aufmarschieren sehen, so muß die Kriegsfanfare, die die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das mächtigste der Blätter des Herrn Stinnes, das immer noch offiziöse Organ der Reichsregierung, zur Einleitung fröhlicher Sozialistenhatz weit über die Lande herausgeschmettert hat, auch den letzten Zweifelnden davon überzeugen,

daß das Ringen um Preußen, nach der Auffassung des alten Bebel, ein Ringen um das Ganze sein wird.

So trompetet das Stinnes-Organ, das heute noch von der Reichsregierung ausgehaltene:

Nicht zaghaft und zurückhaltend wird das Bürgertum in den Kämpfen gehen; es weiß, um was es sich handelt. Es wird sich nicht kampflos an die Seite drücken lassen. Es wird beweisen, daß trotz der Revolution und der Radikalisierung, die sie mit sich brachte oder vielleicht mehr infolge dieser Ereignisse die Mehrheit der Wählerschaft sich zu einer Politik bekennen wird, die der seit der Revolution in Preußen maßgebenden widerspricht... Das Bürgertum muß die Wahlparole der Sozialdemokratie, die die Partei an die Seite des Radikalismus verweist, und die sich damit gegen das Bürgertum richtet, mit der gleichen Parole beantworten: Kampf gegen den Radikalismus mit Einschluß der Sozialdemokratie!“

In diesem Haßerguß des Stinnes-Erlasses gurgeln ebensoviel Brutalitäten wie freche Lügen, ebensoviel gemeine Verführungskünste wie unverschämte Uebertölplungsversuche. Um die Grundgesinnung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aber einzuschätzen, muß man sich daran erinnern, daß dieselben Schmocks, die heute im Stinnes-Sold dergleichen Verbrechen am deutschen Volke zu begehen sich anschicken, vom Tage der Revolution an das Brot dreier sozialdemokratischer Reichskanzler gegessen haben. Doch solcherlei mögen diese Knappen des Kapitalismus mit sich allein ausmachen.

Für uns und für die Oeffentlichkeit bleibt festzustellen, daß die deutsche Volkspartei, deren Sprachrohr die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ doch wohl ist, daß die Rechtsparteien überhaupt den Versuch machen, einen großen Bürgerblock zusammen zu trommeln und die Sozialdemokratie wie einst zum Bürgerschrecken zu machen. Bleibt zu untersuchen, ob die Bevölkerungskreise, nach denen hier Angeln ausgeworfen werden, die Kreise des Handwerks, des Kleingewerbes, des Beamtentums, der freien Berufe irgend welches Interesse daran haben können, mit der Schwerindustrie, mit dem Börsenkapital, mit den Generalen des verflossenen Wilhelms, mit den Frechstirnen der alten preußischen Bürokratie auf Tod und Verderben zusammengeschweißt zu werden. Und weiter bleibt zu fragen, ob es dem Interesse all dieser Genannten entspricht, eingefangen zu werden für eine Politik, die im Schlepptau der deutschnationalen und damit der bayrischen und des immer noch nicht ausgestorbenen preußischen Junkers, im Schlepptau der Wahlrechtsverweigerer der hochmütigen Verächter des Bürgertums und der Arbeiterschaft gehen müßte. Die Lockung vom einheitlichen Bürgerblock, der vom ostelbischen Agrarier reicht bis zum selbständigen, mittleren und kleinen Kaufmann und Handwerker, vom Schwerindustriellen, der über Milliarden verfügt, bis zum Meister eines kleinen Betriebs, ist eine

der hohlsten und dreistesten Verlogenheiten,

die zu brandmarken und zu zerschmettern es nur einer kleinen Erinnerung, nur eines bißchens Selbstbesinnung bedarf. Sollten alle die, die bis zum Tage der Revolution Wähler III. Klasse gewesen sein, heute wirklich so dumm sein, sich denen auszuliefern, die bis zum Zusammenbruch des alten feudalen Preußens mit Zähnen und Klauen sich dagegen gewehrt haben, daß auch nur ein einziger dieser heute umschmeichelten Bürger aus dem Schmachzustand der III. Klasse — und sei es auch nur um Nasenlänge — herauskommen konnte! Ist wirklich irgend einer dieser Kaufleute und Handwerker, dieser Lehrer, Aerzte und Anwälte so borniert, daß sie sich mit gebundenen Händen denen ausliefern, die jahrzehnte- und jahrhundertelang, die bis zum 9. November 1918 auf sie insgesamt als auf den plebejischen Haufen herabgeblickt haben! Es würde ein schon perverser Gedächtnisverlust, es würde völlige Gehirnerweichung dazu **gehören, um den Agenten des ostelbischen Adels, um den Tor-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210124-13/fragment/page=0001

wächtern des verruchten preußischen Herrenhauses, um den Exekutoren der Gesindeordnung, der geistlichen Schulaufsicht, der Monarchie und des Militarismus, des Polizeistaates und des Untertanengehorsams

in solch plump gestellte Falle zu gehen.

Mit Flammenschrift muß es in die Gehirne derer, die hier in ihr Unglück hineingeführt werden sollen, geschrieben werden, daß es den Bürgerblock nicht geben kann, es sei denn, unter der Führung der Deutschnationalen, unter der Führung der Todfeinde jedes politischen Fortschritts, der Todfeind all der Freiheiten, durch die überhaupt die Wählerschaft der III. Klasse, das Massengesindel erst die menschliche Gleichberechtigung empfangen hat. Wenn wirklich alle diese vor zwei Jahren Befreiten nun nichts Besseres zu tun wüßten, als sich an die auszuliefern, die bis zur letzten Sekunde ihrer Machtfülle den Herrenstandpunkt nicht preisgeben wollten, so würden sie ihr Schicksal allerdings verdienen.

Der Schwindel vom Bürgerblock muß zerfetzt werden,

die das als Rattenfänger kostümierte Deutsche Volkspartei, die das preußische Volk wieder unter das Joch der Junker bringen will, muß die gerechte Strafe der Verführer erfahren. Eine preußische Regierung ohne Sozialdemokratie bedeutet eine Regierung der alten preußischen Konservativen, bedeutet eine weitere Sichauswirkung der bayrischen Reaktion und damit eine weitere Rechtsentwicklung der bürgerlichen Reichsregierung. Bedeutet innen und außenpolitisch die größten Gefahren für die Gesamtheit des deutschen Volks. Ob übrigens die Demokraten so töricht sein würden, sich an einen derartigen Rechtsblock zu beteiligen, darf bezweifelt werden, denn dies Vergnügen hätten sie ja auch in der jetzt nach Hause gegangenen preußischen Landesversammlung haben können. Inbegriffen die Demokraten wäre der Rechtsblock als Mehrheit dagewesen, aber weder Demokraten noch Zentrum wollten sich am preußischen Junker anstecken, um sich so den Todeskeim für jede weitere politische Entwicklung zu holen. War aber nach der Revolution Deutschnational schon quarantänereif, so ist es heute nach Kapp-Putsch, Orgesch und den hundertfachen Bekenntnissen zum alten Feudalstaat: die Pest. Das hat ja am besten die deutsche Volkspartei selbst erfahren, die bei den letzten Nachwahlen — man denke nur an Sachsen — dahingeschmolzen ist.

Die Massen der Wähler aber werden nun, da es offenbar wurde, daß dieser Wahlkampf ein Kampf um alles ist, wissen, was sie zu tun haben: keine Stimme einem Trabanten des Rechtsblocks — keine Stimme irgend einer jener Schwarmsekten, die die Wucht der aufmarschierenden Armee des Volks, der Arbeiter, der Handwerker, der Kleingewerbetreibenden, der Lehrer, der freien Berufe nur stören können.

Deutscher Reichstag.

Am Sonnabend fand im Reichstag eine trockene Debatte über das Gesetz zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes statt, die mit der Ueberweisung der Vorlage an den 11. Ausschuß endete. Genosse Keil ergriff geschickt die Hauptgesichtspunkte heraus und unterzog sie einer gewissenhaften Prüfung. Besonders verwahrte er sich gegen die Sabotierung des Reichsnotopfers, die unter Helfferichs Führung von den bürgerlichen Parteien getrieben wird. Ebenso lehnte er die bürgerliche Forderung ab, die auf Kosten der Erhöhung der indirekten Steuern einen Abbau der Besitzsteuern vornehmen will. Nach ihm sprach Abg. Helfferich recht unsachlich und fordert die Revision und einen teilweisen Abbau der Besitzsteuer. Ihm gegenüber stellte der sympathische Reichsfinanzminister Dr. Wirth fest, daß er einem Abbau der Besitzsteuern nie die Hand bieten werde. Während darauf sich die Abgg. Becker (D. Vp.) und Pohlmann (Dem.) für den Abbau eintreten, setzten sich die Abgg. Hertz und Düwell (Kom.) energisch für die Besitzsteuern ein und wandten sich gegen die Einführung neuer indirekter Steuern. Der Bauerndoktor Heim, der mit seinen Aeußerungen öfter die Heiterkeit des Hauses erweckte, erklärte weitere Besitzsteuern für unmöglich, da die Besteuerten dadurch zum Selbsterhaltungskampf gegen den Staat getrieben werden müßten. Heim wurde in sachlicher Weise vom Reichsfinanzminister widerlegt. Danach vertagte sich der Reichstag, um am Montag mit der Debatte über Sowjetrußland seine Beratungen fortzusetzen.

*

Der betreffende Entwurf will das gesamte Einkommen, das ein Steuerpflichtiger von Anfang bis Ende seiner Steuerpflicht bezieht, von der Einkommensteuer erfassen. Die Veranlagung erfolgt alljährlich nach Ablauf jeden Kalenderjahres. Sie erfolgt nach dem Einkommen, das der Steuerpflichtige in dem maßgebenden Kalenderjahr während der Dauer seiner Steuerpflicht bezogen hat. Da grundsätzlich nur das tatsächlich bezogene Einkommen versteuert und jede Fiktion vermieden werden soll, soll für die Fälle, in denen die Steuerpflicht nicht während des ganzen Kalenderjahres bestanden hat, eine Umrechnung des während der Dauer der Steuerpflicht bezogenen Einkommens auf ein Einkommen von 12 Monaten nicht erfolgen. Für das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbe und Bergbau, wird das Ergebnis des Wirtschaftsjahres festgestellt, wenn das Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr abweicht. Um durch die doppelte Besteuerung des Jahres 1920 keine Härten zu verursachen, wird allgemein die Benutzung des Einkommens des Jahres 1920 als Bemessungsgrundlage bei der Veranlagung für zwei Rechnungsjahre beseitigt.

Erhöhung der Postgebühren in Aussicht.

Berlin, 22. Januar. Im Reichspostministerium wurde gestern und heute mit dessen Verkehrsbeirat unter dem Vorsitz des Reichspostministers der notwendig gewordene vorläufige Entwurf eines neuen Post- und Telegraphengebührengesetzes durchberaten. Nach diesem dem Reichsrat und dem Reichstag vorzulegenden Entwurf beabsichtigt der Reichspostminister folgende neue Gebührensätze vorzuschlagen für Briefe bis 20 Gr. 60 Pf., über 20—250 Gr. 1 M. 20 Pf., für Postkarten 40 Pf., für Drucksachen bis 20 Gr. 20 Pf., über 50—100 Gr. 40 Pf., über 100—250 Gr. 60 Pf., über 250—500 Gr. 80 Pf., über 500 Gr. bis 1 Kilogr. 1 M.; für Geschäftspapiere (ebenso wie für Mischsendungen) bis 250 Gr. 60 Pf., über 250—500 Gr. 80 Pf., über 500 Gr. bis 1 Kilogr. 1 M.; für Warenproben bis 250 Gr. 60 Pf., über 250—500 Gr. 80 Pf., für Päckchen (bis 1 Kilogr.) 2 M.; für Pakete in der Nahzone bis 5 Kilogr. 3 M., über 5—10 Kilogr. 6 M., über 10—15 Kilogr. 12 M., über 15—20 Kilogr. 18 M.; in der Fernzone dementsprechend 4, 8, 16, 24 Mark. Beabsichtigt ist ferner die Einführung einer Mindest-Jahresgebühr im Zeitungsversand von 1 M. 80 Pf. für die Jahresnummer sowie die künftige Erstattung der der Post, wenn sie die Verpackung der Zeitungen an Stelle des Verlegers besorgt, hieraus erwachsenden Selbstkosten. Hierzu kommen einige Aenderungen der Gebühren der Postordnung, die nach Genehmigung durch den Reichsrat im Wege der Verordnung einzuführen wären, nämlich die Erhöhung der Einschreibegebühr auf 1 M., die Einführung einer vom Empfänger zu entrichtenden Gebühr von 50 Pf. für die zweite Vorzeigung von Postaufträgen und Nachnahmen, wenn der Empfänger Frist und eine zweite Vorzeigung verlangt hat, ferner die Erhöhung der Eilbestellgebühr für Briefe, im Orts- bezw Landbestellbezirk auf 1 M. 50 Pf. und 3 M. sowie für Pakete auf 2 M. 50 Pf. bezw 5 M.; ferner beim Verkauf der amtlich herausgegebenen Postkarten, Postanweisungen und Kartenbriefe die Erhebung eines Zuschlages in Höhe der Selbstkosten für das Papier.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Postscheckgesetzes sieht vor die Festsetzung der Zahlkartengebühr auf 25 Pf. bei Beträgen bis 50 M., 50 Pf. bei Beträgen über 50—500 M., 1 M. bei Beträgen über 500—1000 M. und 2 M. bei Beträgen über 1000 M., ferner bei den baren Auszahlungen durch Postscheck die Erhöhung der festen Gebühr von 10 Pf. auf 30 Pf. Nach einem weiteren Gesetzentwurf über die Aenderung der Telegraphengebühren soll die Wortgebühr für Telegramme künftig betragen bei gewöhnlichen Telegrammen 30 Pf., mindestens 3 M., bei Pressetelegrammen die Hälfte dieser Sätze.

Polnische Abstimmungswillkür.

Ein Protest des deutschen Abstimmungskommissars.

Kattowitz, 22. Januar. Der deutsche Plebiszitkommissar Dr. Urbanek hat heute an die Interalliierte Kommission in Oppeln folgendes Telegramm gerichtet:

„Hohe Interalliierte Kommission, zu Händen Herrn Präsidenten Le Rond, Oppeln. Gestern abend zwischen 5 und 6 Uhr hat der polnische Vorsitzende des paritätischen Ausschusses Laurahütte Paul Kuczma eigenhändig im Gemeindemeldeamt sämtliche Ersuchen auf Ausstellung von Aufenthaltsbescheinigungen weggenommen und fortgeschleppt, sie auch bis jetzt nicht zurückgegeben. Es handelt sich um über 650 Ersuchen.

Wir erheben gegen diese unerhörte Sabotage der Abstimmung die schärfste Verwahrung. Wir verlangen sofortige Abberufung und exemplarische Bestrafung des Kuczma. Wir haben damals um Anweisung an sämtliche Polizeiverwaltungen, Gemeinde- und Gutsvorstände gebeten, dahingehend, daß diese Behörden zu sofortiger Ausstellung angeforderter Aufenthaltsbescheinigungen verpflichtet sind. Aus dem Umstande, daß sich im Gemeindemeldeamt Laurahütte über 650 Ersuchen um Aufenthaltsbescheinigungen gesammelt hatten, entnehmen wir, daß die Gemeindeverwaltung Laurahütte die Bearbeitung dieser Ersuchen unterlassen hat. Durch solche passive Resistenz wird innerhalb der viel zu kurzen Fristen die Verwirklichung der geforderten Formalitäten vereitelt und die Abstimmungsberechtigten der Kategorie C. um ihre Stimme gebracht.

Die Gräfin mit den vielen Zimmern.

Wie vom Genossen Hermann Müller im Reichstag am 30. Oktober 1920 festgestellt wurde, hat die Gräfin Wartensleben eine 24-Zimmer-Wohnung in der Tiergartenstraße in Berlin inne, trotzdem sie in der Nähe Berlins ihr Schloß mit 3000 Morgen hat und allein bewohnt. Das Wohnungsamt und die Deputation für Wohnungswesen in Berlin haben alles getan, um die Wohnung. die die Gräfin gar nicht braucht, zu räumen. Sie sind sogar so weit gegangen, nachdem die Gräfin nicht freiwillig nach wochenlanger Aufforderung die Wohnung geräumt hat, versuchsweise Zwangsmaßregeln zu ergreifen, d. h. die Möbel der Gräfin auf die städtischen Speicher zu bringen. Da erschien die rechte Hand des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Herr Dr. v. Blume — wir wissen nicht, von wem gerufen —, auf dem Plane und gestattete nicht, daß man der Gräfin Wartensleben die Wohnung zwangsweise nehme. Dieses Vorgehen ist ein Schlag ins Gesicht der Berliner Wohnungsbehörden. Wie lange wird das preußische Ministerium des Innern durch Herrn v. Blume der Gräfin Wartensleben Hilfe leisten lassen? Bei der jetzigen Wohnungsnot sollte die Wohnung schon zu verschiedenen Malen belegt werden. Herr v. Blume gestattet aber nicht, daß man zwangsweise an die Gräfin herantritt, im Gegenteil, er findet die Forderung der Gräfin, in der Wohnung noch 5 Zimmer zu behalten, vollkommen berechtigt und verbietet dem Direktor des Wohnungsamts jeden zwangsweisen Eingriff. Auch hat der Oberstaatsanwalt bis zum heutigen Tage jedenfalls eine Strafe für die Gräfin noch nicht gefunden, die immerhin 2 Jahre lang 8 Lebensmittelkarten empfangen hat, nur um das Wohnungsamt zu täuschen, als wohnte jemand in der Wohnung, während der Sekretär der Gräfin wahrscheinlich diese Karten zu seinem persönlichen Wohl gut ausgenutzt hat.

Hilfe für Arbeitslose.

Berlin, 22. Januar. Die bereits seit einiger Zeit in Aussicht genommene Besprechung von Vertretern der sächsischen Regierung, der Stadt Plauen und der Amtshauptmannschaften Plauen und Auerbach mit dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister über Fragen der Erwerbslosenfürsorge und der Arbeitsbeschaffung hat am 22. Januar im Reichstagsgebäude stattgefunden. Im Verlauf der mehrstündigen Aussprache, bei der die sächsischen Vertreter die besondere Notlage des Vogtlandes eingehend schilderten, sagte der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister zu, sich beim Reichskabinett für eine Erhöhung der jetzt geltenden Unterstützungssätze für Erwerbslose auf Grund von § 9, Abs. 6 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge einzusetzen. Das Reichskabinett wird sich nunmehr über die Bewilligung der Mittel schlüssig zu machen haben.

Ein merkwürdiger General. Der englische General Townhend, früherer Oberbefehlshaber der mesopotamischen Streitkräfte, kehrte unlängst aus Mesopotamien zurück und wurde ins englische Parlament gewählt. In seiner jüngsten Rede über das mesopotamische Abenteuer sagte er unter anderem Folgendes: Die siegreiche Entente hat die Türkei, statt sie gezwungen zu haben, ihren Völkern Autonomie zu geben und das türkische Reich nach türkischem Gesichtspunkten in einen Bundesstaat zu verwandeln, unter sich selbst aufgeteilt. Ein jedes Siegerland

Das Stefcsik-Haus.

Roman von Béla Bacsó.

Einzigberechtigte Uebertragung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

(17. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Dieses edle Fieber griff oft auf Mathilde über, und ihre bunte Phantasie begann unter dem Einfluß der vielen neuen Begriffe und Vorstellungen bereitwillig aufzublühen. Einst hatte sie geglaubt, ihr Leben sei mitten entzweigebrochen, und ihr würdiges Ende könne bloß ein Verkommen von Stufe zu Stufe sein, nun dachte sie mit blaß wiederkehrender Freude daran, sie sie nicht vollkommen abgestumpft, denn in ihrer zerquälten Seele keimen edle, schöne Freuden auf, wenn sie mit Josef Jakob plaudert. Der Tischler sprach mit ihr niemals scherzend, alltäglich, jedes seiner Worte klang überlegt ernst, wie eine zu verewigende Wahrheit. Mathilde entsann sich auch jedes seiner auffallenderen Aussprüche und dachte über deren Gehalt und Kern viel nach.

„Bin ich vielleicht in ihn verliebt?“ — dachte sie, errötete aber dann tief und ihre lächelnden Augen verdüsterten sich. Sie dachte daran, dieser Mensch, der eine so schöne und edle Seele ist, verdiene eine reinere, unberührtere Frau, als sie ist. Mathilde demütigte sich mit dem anklagenden Gedanken, daß ihre Liebe bloß beleidigend sein könne. Sie glaubte nicht an eine Erneuerung. Bei diesem Gedanken jedoch — da sie keine tröstende Wahrheit fand — wurde ihre Kehle von Weinen gewürgt.

Sie dachte zweifelnd an die Männeraufrichtigkeit, denn ihr „schmachvolles“ Schicksal hatte sie Pessimismus gelehrt. Sie dachte daran, der Bursche plaudere vielleicht aus „Weibereroberungssport“ mit ihr, denn über ein Mädchen, wie sie, denken sich die Leute gar vielerlei. Vielleicht haben ihm auch ihr übelgesinnte Leute von ihrer „verderbten Moral“ erzählt. Doch verscheuchte sie sofort diesen Gedanken, da sie in der Vorstellung Josef Jakobs klugen Kopf sah. Sie hatte oft Gedanken, die jedes Grundes entbehrten, und wußte, daß diese Gedanken banal sind, doch waren sie irgendwie in solchem Maße mit ihrem übrigen Denken verquickt, daß sie sich ihrer nicht zu erwehren vermochte. Sie dachte oft, sie werde durch einen entscheidenden Schritt die Ungewißheit lösen, und sei es auch um den Preis eines großen Schmerzes. Sie werde sich abseits stellen. Wolle im Aufstreben des jungen Mannes nicht ein hinderndes Problem sein. Dies fiel ihr jedoch nur unklar und während tiefer Versonnenheit ein, denn wie auch immer es darum bestellt gewesen sein mag, sie liebte Josef Jakobs Anwesenheit sehr. Sprach mit ihm gerne über ernste, lebenswichtige Dinge. Las gerne gute entliehene Bücher, besprach gerne deren Inhalt, liebte es, wenn Josef über die Schönheiten, Wunder, mächtigen Straßen, den Verkehr und die unerschöpflichen Zerstreuungen ferner, großer Städte sprach. Im Haß des Elends aber waren sie beide einig.

Sie ersehnten traurig ein schöneres und wahreres Dasein, und das bittere Schicksal breitete mühselige Trostlosigkeit über ihre aufkeimende Sehnsüchte . . .

XI.

Stefcsik steigerte die Miete bald um eine, bald um zwei Kronen. Eine Ausnahme machte er bloß bei Frau Csatlos, der er nicht einmal wegen des Rückstandes etwas zu sagen wagte. Seit dem furchtbaren Jubiläumsabend war Stefcsik sehr erschüttert. Des wahnsinnigen Csatlos' starr durchdringender Blick hatte in ihm trostloses Schuldbewußtsein erweckt, und dies dachte er dadurch zum Verstummen zu bringen, daß er sich Frau Csatlos gegenüber menschlich zeigte.

Die Bewohner waren über die Zinssteigerung sehr empört. „Das Fleisch wird teurer . . . Das Mehl wird teurer, das Salz, das Brot, der Zucker“ — sagten sie — „und nun erhöht das alte Schwein auch die Miete des Schweinestalles . . .“

„Unser Lohn aber ist der gleiche, wie früher . . .“ — fügten andere hinzu.

Doch erduldeten sie trotzdem alles, und es fiel keinem einzigen ein, wie da Hilfe zu schaffen wäre. Sie jammerten, fluchten, fügten sich aber schließlich der Zinssteigerung wie einem unvermeidlichen Schlag.

Der eine Arbeiter begann in betrunkenem Zustand mit Stefcsik zu streiten und nannte ihn einen Wucherer, doch wurde dieser Unglücksmensch von Stefcsik blutig geschlagen. Den sich zusammenrottenden empörten Bewohnern aber rief der Hausherr zu:

„Wer die Miete nicht zahlen will, soll's nur sagen . . . Der kann gehen . . . Nach rechts, oder nach links, wohin er will . . .“

Karl Fischer, dessen ödes und liebloses Leben von sehr vielen neueren Traurigkeiten verbittert wurde — seine Mutter hütete bereits seit einer Woche das Bett und konnte nichts verdienen — fühlte ebenfalls den ihn schwer treffenden Schlag. Er versuchte die Angelegenheit mit Stefcsik sanft zu erledigen und flehte mit schwacher, bittender Stimme:

„Herr Stefcsik, ich bitte Sie, sehen Sie doch ein, daß unser Elend sehr groß ist. . . . Wir haben keinerlei Aussicht auf einen neuen Verdienst . . . Meine Mutter ist seit einer Woche schwer krank . . . Es geht wirklich nicht . . . Haben Sie doch Einsehen . . .“

Stefcsik blickte selbstgefällig über die Menschen hinweg und schimpfte sie bei sich Würmer. Seiner machtgierigen Seele war eine warme Wonne das Bewußtsein, daß diese Menschen vor ihm Angst haben, er sie seiner Gnade teilhaftig werden lassen, sie aber auch mit seiner Unbeugsamkeit strafen könne. Karl Fischers Ton hatte ihn anscheinend etwas beruhigt, und er begann erklärend zu sprechen.

„Schau'n Sie, junger Herr, Sie werden die Sache verstehen, sind ein gebildeter Mann . . . Nicht ich verteuere die Wohnung, sondern die Herren tun es . . . Die Stadt . . . fünfundsiebzig Prozent beträgt der Kommunalzuschlag . . . Und die Zinssteuer? . . . alle Steuern werden erhöht . . . Die Stadt will neue Spitäler bauen, wohin sie alle verlausten Bettler stecken kann . . . Und dies müssen wir bezahlen . . . Was kann ich dafür, junger Herr? Sie sind Jurist, wissen, wie es um diese Sache bestellt ist . . . Ihnen brauch ich dies nicht zu erklären . . . Ich weiß auch, daß das Elend groß ist, aber mein lieber Gott, mein Herz ist kein Rettungshaus, wo alles Elend ein Ende findet . . . An dem Elend trage nicht ich Schuld, sondern die Menschen selbst . . . Weshalb trinken sie so viel Branntwein? . . . Weshalb leben sie nicht, wie ich gelebt habe . . . Wer redlich arbeitet, dem hilft Gott . . . Ich kann keinen Kreuzer nachlassen, bei Gott, kann nicht, junger Herr . . . belieben Sie es mir zu glauben . .“

Karl schlich voll Ekel aus der Nähe des heuchlerischen Stefcsik fort. Vermochte die schändlich dummen Lügen, mit denen Stefcsik sein angebliches Recht verteidigte, nicht länger anzuhören. Dachte voll Verachtung an den analphabetischen Hausherrn, der so viele noch dümmere Leute auf so gemeine Art betrügt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751921012 4-13/fragment/page=0002

hat seinen Anteil bekommen. Sie haben untereinander die Bezirke aufgeteilt, wie einst die spanischen Minister die spanischen Staatseinnahmen. Weder die Freiheit der Araber, noch die der Armenier oder die Freiheit Syriens hat den Obersten Rat beschäftigt. Die Mächte haben sich nur einzig darum gekümmert, die größten strategischen Vorteile und den besten und bequemsten Markt für ihre Rohstoffbeschaffung zu erwerben. General Townshend, der frühere Oberbefehlshaber hat vollständig Recht; er ist gut informiert.

Krieg den Hütten — Friede den Palästen.

(F. P.) **New York.** Die Vereinigten Staaten sind mit Deutschland noch im Kriege — offiziell. Soeben wurden in Chikago zwei Arbeiter nach dem während des erlassenen „Spionagegesetz" zu Gefängnis verurteilt.

Doch gilt dieser Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland nur für die Arbeiter, nicht für Kapitalisten, denn mit offenbarem Vergnügen teilt die „New Yorker Times", das Blatt des amerikanischen Finanzkapitals mit, daß im Oktober 1920 der Wert nach Deutschland exportierter Waren 32 449 265 Dollars betrug und während desselben Monats für 8 021 701 Dollar deutsche Waren in Amerika eingeführt wurden.

Chiles sozialistischer Präsident.

Das „Kasseler Volksblatt" bringt eine Betrachtung, die ihm ein kürzlich aus Chile zurückgekehrter Genosse sandte. Da man sonst über südamerikanische Verhältnisse nur aus Ententequellen erfährt, hat der Artikel als Bericht eines Landskundigen besondere Bedeutung.

Am 25. Dezember hat in der südamerikanischen Republik Chile Genosse Arturo Alessandri die fünfjährige Präsidentschaft angetreten, als erster Sozialist in Chile auf diesen Posten berufen. Die Wahl selbst hatte schon am 26. Juni stattgefunden, und zwar eine indirekte Wahl durch 354 Wahlmänner, vom Volk in geheimer Abstimmung gewählt, von denen 178 für Alessandri (d. h. linksliberaldemokratische Allianz) und 176 für den Gegenkandidaten Luis Barros Borgonno (d. h. konservativ-rechtsliberale Koalition) stimmten.

Arturo Alessandri, von Beruf Rechtsanwalt, ist eine der markantesten politischen Persönlichkeiten seines Landes. Von einer italienischen Einwandererfamilie abstammend, wurde er in einer Klosterschule erzogen, praktizierte dann als Rechtsanwalt und gehörte, ein Produkt seiner Erziehung, der konservativen Partei an, der er aber als reifer Mann (jetzt ist er 52 Jahre alt) den Rücken kehrte, worauf er sich den Radikalen zuwandte, die ihn, den fähigen Kopf und glänzenden Volksredner, mit offenen Armen empfingen. Die Nordprovinz Tarapacá (die Arbeiter in den Salpeterfeldern) sandten ihn als ihren Abgeordneten in den Senat, und im Laufe seiner Tätigkeit als Volksvertreter gewann er die innerste Ueberzeugung von der Notwendigkeit sozialistischer Reformen, sollte anders nicht das Land der Revolution in die Arme getrieben werden. Seine Kandidatur zur Präsidentenschaft und sein bei diesem Anlaß veröffentlichtes fortschrittliches Regierungsprogramm wurde von den linken Parteien mit unbeschreiblichem Jubel und er selbst während der Wahlpropagandareisen durchs ganze Land von der arbeitenden Bevölkerung als der Retter aus höchster Not begrüßt, während er von den Gegenparteien als der „Bolschewist" verschrien wurde. Diese nannten ihn eine Gefahr für das Land, worauf er schlagfertig und unverblümt die Gegenerklärung veröffentlichte: „Ich bin nicht eine Gefahr für das Land, sondern nur eine Gefahr für die Reichen im Lande."

Eine Woche vor der Wahl wurden von einem Polizeibeamten in Zivil mehrere Revolverschüsse vor seinem Hause auf ihn abgegeben, und von diesem Tage an stand eine tausendköpfige freiwillige Arbeiterwehr Tag und Nacht Wache vor seiner Wohnung, um den „Kandidaten des Volkes" zu schützen. Der Wahltag selbst brachte dann, trotzdem von Regierungsseite das Möglichste zugunsten des Gegenkandidaten getan wurde, seinen Sieg mit zwei Stimmen Mehrheit. Doch hat die spätere Statistik ergeben, daß Alessandri mehr als 60 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hatte, die ihm aber zum Teil durch das veraltete Wahlsystem verloren gegangen waren. Die geheime Stimmabgabe wurde teilweise, besonders in den größeren Städten, dadurch vereitelt, daß jeder Alessandriwähler dessen Bild am Hute trug und allen Umstehenden seinen Wahlzettel zeigte, bevor er ihn in das Kuvert und die Urne legte. Auch der sonst so beliebte Stimmenkauf seitens der konservativen Parteien versagte in diesem Wahlgange angesichts der ungeheuren Begeisterung und Erregung der linken Wählermassen.

Alessandris Regierungsprogramm sieht u. a. vor: Wahlreform; Trennung von Kirche und Staat; Zwang auf die Geistlichkeit, vor kirchlicher Trauung den Zivilstrauschein zu fordern; bürgerliche Gleichstellung der Frau; Einführung der Ehescheidung; Arbeiterschutzgesetze in weitestem Sinne; direkte Steuern (man kennt in Chile bis heute noch keine Einkommensteuer) usf.

Des neuen Präsidenten Deutschfreundlichkeit ist seit Jahren bekannt; so zählte er zu Beginn des Krieges zu der kleinen Gruppe kühner Schriftsteller, die aktiv in den Tageszeitungen gegen die alliierten Verleumdungen und für die deutsche Sache manche Lanze brachen. Deshalb nimmt es auch nicht Wunder, daß er in sein neues Ministerium auch einen Abkömmling von Deutschen, Dr. Daniel Martner, berief, der bis 1916 in Deutschland weilte und hier Nationalökonomie studierte. Ihm ist jetzt die Finanzverwaltung des Landes anvertraut.

Hoffentlich kann diese erste sozialistische Regierung Chiles die vom Volke in sie gesetzten Erwartungen erfüllen und die Republik, eins der wenigen aufrichtig neutralen und doch deutschfreundlichen Länder, so geradezu das „Paradies für die Deutschen" während des Krieges, zu weiterem Gedeihen emporführen.

Die Regierungspläne zur Reform der Sozialversicherung.

Von Bürgermeister Friedr. Kleeis.

Es braucht nicht erst näher bewiesen zu werden, daß unsere soziale Versicherung dringend der Neugestaltung bedarf. Im großen und ganzen muß es sich darum handeln, sie den gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Ist doch die Versicherung mit dem Wirtschaftsleben aufs engste verbunden. Folglich bedingt eine Aenderung dieses auch eine Umgestaltung der Versicherung. Diese Anpassung ist schon während des Krieges durch rund 100 Notgesetze und Verordnungen begonnen worden. Sie ist aber noch im höchsten Grade ungenügend. Vor allem haben die Leistungen mit der fortschreitenden Geldentwertung nicht gleichen Schritt gehalten. Beispielsweise reichen die Renten der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung noch viel weniger zum Lebensunterhalt aus wie früher. Auch organisatorisch muß manche Umgestaltung vorgenommen werden. Namentlich muß die Verwaltung der Versicherung mit den veränderten politischen Einrichtungen in Einklang gebracht werden. Schließlich muß durch Hineinarbeitung der erwähnten Nachträge zur Reichsversicherungsordnung diese einheitlicher und übersichtlicher gestalten werden.

Schon die im Sommer 1920 vorgenommenen Verbesserungen der Arbeiterversicherung sollten nach den ursprünglichen Regierungsentwürfen unter dem Einfluß der seinerzeit noch vorhandenen sozialistischen Reichsminister weitergreifend sein, als sie schließlich ausfielen. So war auf dem Gebiete der Krankenversicherung vor allem die reichsgesetzliche Neueinführung und Regelung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden geplant. Man folgte hier den Vorschlägen des Bureaus für Sozialpolitik und der Auskunftsstelle für Heimarbeiterreform in Berlin, die Festsetzung des behördlich festgestellten Ortslohns (ortsüblichen Tagelohns) als Grundlohn und somit als Maßstab zur Berechnung des Krankengeldes sollte nicht mehr zulässig sein. Aufgehoben werden sollte auch die Ausnahmebestimmung für Landarbeiter in § 423 der Reichsversicherungsordnung, wonach in bestimmten Fällen das Krankengeld versagt oder gekürzt werden kann. Die Versicherungsberechtigung sollte erweitert werden und schließlich sollte den Krankenkassen gestattet sein, Gelder nicht nur für Zwecke der allgemeinen, sondern auch der besonderen Krankheitsverhütung (also der in einzelnen Fällen) auszugeben. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung war eine anderweitige Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes vorgesehen. Bisher wird dieser nur zu 1800 Mk. voll, in dem übersteigenden Teil nur zu einem Drittel angerechnet. Nach den Regierungsabsichten sollte die Grenze für die Vollberechnung auf 5000 Mk. festgelegt werden. Bei der Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes für Land- und Forstarbeiter sollten nicht mehr die behördlichen Schätzungen, sondern die Tarifverträge berücksichtigt werden. In der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sollten sämtliche Hausgewerbetreibende mit einbezogen werden. Weiter sollte eine Vermehrung der Lohnklassen auf acht bis zum Jahresarbeitsverdienst von 5000 Mk. stattfinden.

Die Gründe, weshalb diese geplanten Abänderungen in letzter Stunde von der Regierung zurückgezogen werden und nur eine ganz und gar beschedene Teilreform herauskam, sind nicht bekannt geworden. Man kann nur als wahrscheinlich halten, daß der Ausschuß des Reichstages, der zur Prüfung und Genehmigung solcher Verordnungen eingesetzt war, sie abgelehnt hat. Ist doch festgestellt, daß sich der Ausschuß in einigen anderen sozialpolitischen Fragen ebenso rückständig benommen hat. Inzwischen haben nun alle bemerkenswerteren größeren sozialpolitischen Körperschaften durch Eingaben usw. versucht, die bestehen gebliebenen Mängel zu beseitigen. So hat der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen umfangreiche Reformvorschläge eingereicht, die namentlich auf eine Umgestaltung der Organisation der Versicherung (Einführung der Einheitskasse) hinzielen. Der Verband der Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten will eine Erhöhung der Renten und damit im Zusammenhang eine Vermehrung der aufzubringenden Mittel usw.

Reichskanzler Fehrenbach kam in seiner Programmrede am 23. Juni 1920 im Reichstag mit besonderem Nachdruck auf die Dringlichkeit der Reform der Reichsversicherungsordnung zu sprechen. Inzwischen ist von den Ministerbänken im Reichstag wiederholt versichert worden, daß die einschlägigen Gesetzentwürfe in Bearbeitung seien. Auch eine „Arbeitsgemeinschaft für die Neuordnung der Sozialversicherung" hat sich neuerdings gebildet, deren Vorsitzender Professor Dr. E. Franke ist und zu deren Mitgliedern auch einige sozialdemokratische Sozialpolitiker gehören. Die Arbeitsgemeinschaft hat durch Herausgabe von Fragebogen usw. die Angelegenheit schon sehr gefördert.

Soweit die Regierungspläne bis jetzt bekannt geworden sind, sollen eine großzügige Reform der Sozialversicherung auf später aufgeschoben werden. Jetzt seien weder Zeit noch Mittel dazu vorhanden. Die in Vorbereitung sich befindliche Novelle zur Reichsversicherungsordnung soll zunächst nur eine Reihe dringlicher kleinerer Fragen lösen. An größere organisatorische Veränderungen wird vorläufig nicht gedacht. Alle die vorhandenen Versicherungszweige, auch die Angestelltenversicherung, bleiben als selbständige Einrichtungen bestehen. Auch die Zusammenlegung von Versicherungsträgern soll nicht weiter gefördert werden: es bleiben zum Beispiel alle Betriebs-, Innungs- und ähnliche Krankenkassen weiter erhalten. Die Ersatzkassen sollen sogar Vergünstigungen erhalten. Die Zersplitterung auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens soll durch Errichtung von Zwangskassenverbänden (immer je einen für den Bezirk eines Versicherungsamtes) gemildert werden. Auch der Kreis der Versicherten bleibt im allgemeinen derselbe: Die so oft geforderte Krankenversicherung der selbständigen kleinen Gewerbetreibenden kommt noch nicht. In der Unfallversicherung soll die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten usw. ausgedehnt werden auf alle diejenigen, die nicht über 30 000 Mk. Jahresarbeitsverdienst beziehen. Die Neuerungen betreffen nur mehr Nebensächlichkeiten, wie das Meldewesen bei den Krankenkassen, die Ueberbrückung freiwilliger Mitgliedschaft von der einen auf eine andere Kasse usw. Die so vielseitig geforderte Familienhilfe (ärztliche Hilfe, Heilmittel usw. für Familien, Angehörige der Kassenmitglieder) soll auch noch nicht kommen.

Man kann die Gründe für diese Engherzigkeiten nicht einsehen. Eine Reihe von Fragen drängen unbedingt zur Lösung, die auch ohne nennenswerte Erhöhung der Beiträge geschehen kann. Es wird Sache der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, mit den nötigen Anträgen nachzuhelfen und zu versuchen, eine einigermaßen brauchbare Reform zustande zu bringen.

Millionenspende. Nach einer Havas-Meldung aus New York hat der Sohn von Rockefeller eine Million Dollar für den Hilfsfonds zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit in Europa gestiftet.

Böcklin bei der Arbeit.

Nachdem die „Freie Volksbühne" in Halle kürzlich einen so gefällig aufgenommenen Böcklin-Klinger-Abend veranstaltet hat, wird es von Interesse sein, einen weiteren Einblick in das Schaffen Böcklins zu erhalten. Dazu diene der nachstehende Aufsatz, der natürlich auch über die Besucher des erwähnten Abends hinaus allgemeines Interesse hat:

Am 16. Januar waren zwei Jahrzehnte dahingegangen seit dem Tage, an dem Arnold Böcklin in seiner Villa zu San Domenico, wo er seine letzten Lebensjahre verbrachte, die Augen zum letzten Schlummer schloß. An diesem Erinnerungstage wurde uns der Eindruck seiner Persönlichkeit besonders nahe gebracht durch eine prächtige Sammlung von Erinnerungen, die Dr. Bernhard Wyß im Baseler Rheinverlag herausgegeben hat. Hier können wir den Meister auch bei der Arbeit belauschen. Böcklin begann erst zu malen, wenn ihm das Bild klar vor dem Geiste stand. Plötzlich konnte ein Motiv in völliger Leibhaftigkeit vor seinem geistigen Auge auftauchen; meist aber trug er Eingebleiben jahrelang in seinem Gedächtnis herum, bis sie sich dann zur kompositorischen Einheit verbanden. Böcklin wanderte durch die Natur nicht als Stoffjäger, sondern als ein bedächtiger Betrachter, dessen Augen tranken, „was die Wimper hält", um durch sein Genie das Aufgenommene neu zu schaffen. Bezeichnend ist, was er seinem Freunde Rothpletz anvertraute. Er schickte ihm einmal in einem Zigarrenkistchen einige vom Meer angeschwemmte Wurzeln, deren alraunenhaftem Wesen er mit wenigen Pinselstrichen nachgeholfen hatte; dazu schrieb er, diese Wurzeln hätten ihn auf seine fabelhaften Meerwesen gebracht. Bei dieser geistigen Gestaltung seiner Werke war er vermöge seines einzigartigen Gedächtnisses von der örtlichen Umgebung fast ganz unabhängig; seine schönsten Meeresbilder hat er in München gemalt. Nur selten lassen sich äußere Anlässe für seine Bilder nachweisen; diese sind aber dann für seine Schaffensart besonders wichtig. So erzählt er selbst von der Entstehung des Gemäldes Die Gartenlaube: „Ich spaziere neulich die Freie Straße (in Zürich) hinaus nach Hirslanden. Es war eine heiße drückende Frühlingsluft, wie in einem Treibhause. Da sah ich in einem Garten aus dem dampfenden rotbraunen Boden die Tulpen und Hyazinthen hervorragen. Das interessierte mich, ich blieb stehen und schaute zu, wie vor meinem Auge sich die Natur entwickelte, die Pflanzen gleichsam wuchsen. Das ließ mir keine Ruhe, und ich wollte den Eindruck, den ich gefühlt, im Bilde verwerten. Dies aber malerisch so vorzuführen, daß auch der Beschauer dasselbe empfindet, war keine leichte Aufgabe. Die verschiedensten Auffassungen gingen mir durch den Kopf. Da kam ich an einem Hause vorbei, vor dem ein eben von einer Krankheit Genesener sich sonnte und in tiefen Zügen die Frühlingsluft einsog. Dies Gefühl der Ruhe, des wohligen Behagens und Genießens suchte ich auszudrücken, es paßte mir für mein Bild und so kam ich auf die beiden alten Leutchen. Wie ich dann ins Atelier ging und drüben ihre Gartenlaube gewahrte, in der die Sonnenlichter so hell durchs Land blitzten, kam ich auf die Schlußidee, und mein Bild war in meinem Kopfe fix und fertig."

Am häufigsten erhielt Böcklin die entscheidende Anregung durch Farbenkontraste, und dieser wichtigste Faktor in der künstlerischen Rechnung seiner Gemälde verführte ihn nicht selten zu scheinbaren Seltsamkeiten, die nur dem tieferen Betrachter seiner Kunst ihre Notwendigkeit offenbaren. Ein Beispiel dafür ist der Fischer, der sich auf dem Beinkleid eines Mannes in seinem Tropicion „Venus genetrix" befindet. Der Mann hat hellblaue Hosen an; Böcklin aber brauchte, wie er selbst erklärt, gerade an dieser Stelle eine stärkere Farbe, um den Kontrast gegen den Hintergrund zu verstärken und die weißen Häuser und roten Dächer kräftiger hervorleuchten zu lassen. Er setzte daher dem Manne einen eingenähten dunkelblauen Lappen auf seine Unaussprechlichen, nicht aus Laune, sondern aus seinem inneren künstlerischen Grunde. Um sich die Anschauung gewisser Einzelheiten zu verschaffen, war Böcklin außerordentlich erfinderisch. Sein großer Schüler Albert Welti erzählt davon: „Ich hatte beim Arbeiten ein langes leinenes Ueberhemd an, das sich stark bewegte, wenn ich ging, und da sah ich, wie der Professor das stets betrachtete. Für Kleiderfalten erlaubte er es, daß man sich mit Allerlei eine Figur zusammenstellte, um die man Tücher faltig werfen konnte. Er hatte eine erstaunliche Fertigkeit darin, schöne Faltenwürfe herauszubringen." Nicht immer aber fand er bei seiner Suche nach solchen Hilfsmitteln das rechte Verständnis. Einmal brauchte er Tauben, die er bis dahin noch nie so recht angesehen hatte. Er suchte sich also auf dem Florentiner Markt zwei schöngefärbte Tierchen aus und wollte sie ein paar Tage herumlaufen lassen, um sie zu beobachten und ihnen dann die Freiheit zu geben. Da er noch einen Gang zu machen hatte, ließ er die gekauften Tauben bei dem Händler zurück; aber als er wiederkam übereichte ihm dieser höflich lächelnd zwei — nackte gerupfte Tierchen. Glückte die Ausführung der einmal gefaßten Idee Böcklin nicht, so hielt er nicht viel vom Verändern und Umformen, sondern schnitt unbarmherzig das Bild aus dem Rahmen und hobelte das Brett ab, auf das er es gemalt. Als ihn die Schwester C. F. Meyers in Florenz besuchte, sah sie mit Schrecken, daß er die große auf Holz gemalte Pieta von 1873 als Tischplatte benutzte und munter auf dem Bilde herumschnitt und herumstach.

Voltaire und Haller. Voltaire begegnete eines Tages einem Bekannten, der ihm erzählte, er habe kürzlich den berühmten Schweizer Philosophen Haller kennengelernt. „Ja," bemerkte Voltaire, „Haller ist ein bedeutender Mann, ein Dichter und ein Philosoph ersten Ranges." — „Ihr Lob ist sehr ehrenvoll," entgegnete der andre, „aber Haller spricht nicht in gleicher Weise von Ihnen." — „So," gab Voltaire mit heißender Ironie zurück, „dann haben wir uns wahrscheinlich beide in unserm Urteil geirrt."

Wie die Buschmänner Wasser gewinnen.

Von Werner Rowe.

Im Boden, in der lockeren Erde, sowohl wie im festen Gestein, findet sich ein gewisses Maß von Feuchtigkeit. Heben wir mit dem Spaten die Erde auf, so finden wir sie auch im trockensten Sommer in einer gewissen Tiefe, deutlich feucht, ohne daß wir dabei das eigentliche Grundwasser zu erreichen brauchten. Graben wir einen größeren Stein aus und zerschlagen ihn, so zeigt er in seinem Innern einen feuchten Glanz, der sich an der Luft nach einiger Zeit verliert. Dasselbe zeigt sich dort, wo die Gesteinmassen unmittelbar zutage treten. Für diese Erscheinung, die nichts mit dem Grundwasser zu tun hat, kennt man in der Bodenkunde die Bezeichnung „Bergfeuchtigkeit". Zu ihrer Erklärung reicht der Regen allein nicht aus, man nimmt daher an, daß die in der Luft überall mehr oder weniger vorhandene Feuchtigkeit es ist, die sich im Boden absetzt.

Die Buschmänner in Südafrika wissen sich diese Bergfeuchtigkeit zu Nutze zu machen. Sie flechten aus Gras ein spindelförmiges Gebilde, das ihnen als Filter dient, und befestigen es an einem Rohr (wie sie es zu ihren Pfeilen gebrauchen). Dann stoßen sie einen Stab tief in den Erdboden und drehen ihn so im Kreise herum, daß ein trichterförmiges Loch entsteht. In dieses wird das Rohr mit der Grasspindel gesteckt, und darauf wird das Loch fest zugestampft. Nun nimmt der Buschmann das Rohr in den einen Mundwinkel und saugt mit unermüdlicher Ausdauer das sich langsam ansammelnde Wasser empor und läßt es dem anderen Mundwinkel wieder heraus in ein Gefäß laufen. Durch das starke Saugen springt die zarte Schleimhaut des Mundes an vielen Stellen und läßt das Blut heraustreten, das sich mit dem Wasser mischt. Das so erhaltene Wasser ist eine trübe, mit Blut vermischte Flüssigkeit, die aber mit dem größten Hochgenuß geschlürft wird, da ja Wasser eine wertvolle Seltenheit in jenen trockenen Gebieten ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210124-13/fragment/page=0003

Ministerium des Innern und Orgesch.

Der zweite Erlaß des Ministers Severing.

An gut unterrichteter Stelle erfahren wir das Folgende:

Das Verhalten der deutschnationalen Presse gegenüber dem Orgesch-Erlaß des Ministers Severing ist sehr eigenartig. Gegenüber seinem ersten Erlaß hatten sie behauptet, daß eine Gesetzesübertretung vorliegt, und als der zweite, unter juristischen Gesichtspunkten neu redigierte erschien, da triumphierten sie, daß Severing den Rückzug angetreten habe und sich im Landtag, wo er behauptet habe, daß sein Verbot gegen die Orgesch nach wie vor bestehe, nur eine furcht- und schreckenserregende Löwenhaut umgehängt hätte. Das Gerede von dem Rückzug und von dem nunmehr angeblich entscheidend abgeänderten zweiten Erlaß ist umso unlogischer als gerade in diesen Tagen sich gezeigt hat, daß dieser zweite Erlaß vollkommen ausreicht, um gegen die Orgesch und die mit ihr verbündeten Organisationen energisch vorzugehen und zwar in demselben Moment, wo sie zu einem begründeten Verdacht Anlaß geben. In Arnsberg hat nämlich der Regierungspräsident König auf Grund des neuen Erlasses zugepackt und Haussuchungen vorgenommen. Während es nach dem ersten Bericht schien, als wenn dort nur Briefschaften aufgefunden wären, hat man nach den weiteren Berichten insgesamt über hundert Gewehre beschlagnahmt. Daß Minister Severing mit seinem zweiten Erlaß nicht einen Augenblick eine Milderung des sachlichen Vorgehens gegen die Orgesch bezweckt hat, hat er nicht erst dann betont, als die Rechtspresse durch eine der üblichen Indiskretionen in der Lage war, den zweiten Erlaß (an dem sie übrigens nicht viel Freude haben wird) zu veröffentlichen, sondern er hat es wenige Tage nach der Herausgabe dieses Erlasses bereits öffentlich gesagt. Minister Severing führte nämlich in der Landtagssitzung vom 3. Dezember (der Erlaß war am 19. November herausgegangen) u. a. folgendes aus:

„Der Herr Justizminister hat jetzt ein ausreichendes Material, Herr Abgeordneter von Richter, ein sehr ausreichendes Material, und der Justizminister und der Innenminister befinden sich jetzt in vollständiger Uebereinstimmung darüber, daß überall gegen die Selbstschutzorganisationen einzuschreiten ist, w e n n s i e d e n p o l i z e i l i c h e n C h a r a k t e r v e r r a t e n u n d w e n n A n l a ß z u d e r A n n a h m e i s t, d a ß s i e b e w a f f n e t s i n d."

Diese beiden Punkte, die Anmaßung polizeilicher Funktionen und der Verdacht der Bewaffnung, sind also nach wie vor die Kriterien der Organisationen, die nach dem ersten wie zweiten Severing-Erlaß aufgestört und verboten werden sollen und auch gepackt werden.

Notizen.

Vorgehen Preußens in der Frage der Beamtenräte. Der preußische Minister des Innern, Severing, der Freitag abend in der Stadthalle in Kassel gesprochen hat, kündete in seiner Rede an, daß die preußische Staatsregierung am Montag ihre Vertreter im Reichsrat instruieren werde, von der Reichsregierung die Vorlage des Beamtenrätegesetzes zu fordern.

Nollet in Paris. Nach einer Havas-Meldung ist der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission in Deutschland, General Nollet, in Paris eingetroffen. Er wird an den Sitzungen des Obersten Rates teilnehmen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die „Humanité" bleibt kommunistisch.

Paris, 23. Januar. In der gestrigen Sitzung der Aktionäre der Humanité ist beschlossen worden, das Blatt in den Händen der kommunistischen Partei zu lassen. 2911 Stimmen waren dafür, 1179 enthielten sich der Abstimmung.

Diplomatische Intriguen.

London, 22. Januar. Der Berliner Berichterstatter der Daily News gibt sensationelle Berichte aus Paris über die Haltung Deutschlands wieder, wonach die britische Regierung die Absicht habe, Deutschland zu zwingen, den französischen Plan betreffend Teilzahlungen bei späterer Festsetzung der Gesamtentschädigungssumme anzunehmen. Dies hätte die Nervosität in Deutschland gesteigert. Dadurch, daß deutsche Presseberichterstatter verhindert würden, nach England zu gehen, würden von einer Gruppe deutscher Berichterstatter in Paris Nachrichten über die britische Politik in französischer Färbung nach Deutschland übermittelt, während die britische Regierung seit Monaten das größte Entgegenkommen bewiesen habe.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf in der Talamtschule am Dienstag, den 25. Januar 1921. Gegen Vorlage der Lebensmittelscheine werden an die Inhaber der Nummern 37 001—42 000 vormittags von 8—12 und 42 001—48 000 nachmittags von 2—6 Uhr für Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute von 70 Jahren an ein Paket Gerstenmehl zu 1,10 Mk. und für Kinder bis zu 6 Jahren ½ Pfund Weizengrieß und 2 Pakete Milchsüßspeise für zus. 2,05 Mk. abgegeben. Markenfrei werden täglich abgegeben: Roßwurst- und Roßfleischkonserven zu den bekannten Preisen, Malzextrakt Dose 4,30 Mk., Milchpulver 100 Gramm 1,60 Mk. Zu ermäßigten Preisen: Armeekonserven mit reichlich Fleisch, Dose 5,50 Mk., Reis 3,50 Mk., Trockenei, 50 Gr. (Ersatz für 5 Eier) 2 Mk. und Fleisch- und Wurstkonserven Dose 2 Mark.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Dienstag, den 25. Januar 1921, gegen Vorlage der Lebensmittelscheine an die Inhaber der Nummern 63 001—65 000 vormittags von 8—12 und 65 001—65 500 nachm. 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben.

Dänische Sahnenmilch. Der Preis der auf die Milchkarten abzugebenden dänischen Sahnenmilch beträgt ab 24. d. Mts. 5,70 Mk. pro Flasche.

Verkauf von Gefrierfleisch. Um auf die neuerlich wieder gestiegenen Fleischpreise einen Druck auszuüben, hat der Magistrat beschlossen, von Dienstag, den 25. Januar bis Sonnabend, den 29. Januar Gefrierfleisch in jeder Menge zum Preise von 11 Mk. für das Pfund auszugeben. Der Verkauf findet bei den Fleischern statt, die ein Schild: „Verkauf von städtischen Waren" führen. Frischfleisch wird in diesen Tagen dort nicht feilgeboten. Da es sich um eine sehr gute Ware handelt, wird von der Bevölkerung erwartet, daß sie von der gebotenen Gelegenheit regen Gebrauch macht, um auch ihrerseits zum Sinken der hohen Fleischpreise beizutragen.

H a l l e, den 21. Januar 1921. **Der Magistrat.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Aufforderung

über die Einreichung von Lohnlisten zum Zwecke der Veranlagung der Einkommensteuer.

Auf Grund des § 40 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März (Reichsgesetzblatt S. 359) und der Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 29. Dezember 1920 wird jeder, der im Bezirke des unterzeichneten Finanzamts Personen gegen Gehalt, Lohn oder sonstiges Entgelt im Kalenderjahr 1920 länger als zwei Monate beschäftigt hat, aufgefordert, **in der Zeit vom 1. bis zum 28. Februar 1921** Namen, Stellung und Wohnung, sowie das von ihm herrührende Einkommen dieser Personen dem Finanzamt mitzuteilen (Lohnliste).

In der Lohnliste ist zugleich anzugeben, für welchen Zeitraum das Einkommen bezogen wurde.

Die gleiche Aufforderung wird an die Vorstände juristischer Personen und von Vereinen aller Art, sowie an die Vorstände aller Stellen, Behörden und Anstalten des öffentlichen Dienstes hinsichtlich des Berufs- oder Pensionseinkommens ihrer Beamten, Angestellten, Bediensteten sowie der Empfänger von Ruhegehältern, Witwen- und Waisenpensionen oder Unterhaltsbeträgen gerichtet.

Soweit Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden über die hiernach in die Lohnlisten aufzunehmenden Personen den Finanzämtern bereits Nachweisungen eingereicht haben, ist die Einreichung von Lohnlisten nicht mehr erforderlich.

Die Lohnlisten sind getrennt nach den Wohnorten der Empfänger von Dienst- oder Ruhegehaltsbezügen aufzustellen und dem für deren Wohnort zuständigen Finanzamt zuzusenden.

Für die Lohnlisten dürfen nur die vorgeschriebenen Vordrucke benutzt werden, welche beim Finanzamt Zimmer 59 kostenfrei abgegeben werden. Das Finanzamt ist Dienstags und Freitags jeder Woche für jeden Publikumsverkehr geschlossen.

Wer dieser Aufforderung nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt, wird nach § 377 der Reichsabgabenordnung mit einer Ordnungsstrafe bis 500 Mark bestraft.

Vorsätzlich unrichtige Angaben fallen unter den Begriff der Steuerhinterziehung und sind daher nach § 53 des Einkommensteuergesetzes in Verbindung mit § 359 der Reichsabgabenordnung strafbar.

Halle (Saale), am 25. Januar 1921.

Finanzamt I.

Allgemeine Ortskrankenkasse in Merseburg.

Eintrittskarten für die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der städtischen Turnhalle — Wilhelmstraße — werden für unsere Mitglieder zum Vorzugspreise von 50 Pfg. in unserem Kassenlokal, Poststr. 1, ausgegeben.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern im eigenen wie im Interesse der Allgemeinheit dringend den Besuch der Ausstellung.

Merseburg, d. 22. Jan. 1921.

Der Vorstand. Engel.

Vermischtes

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Händler, Hausierer
Billige Stoffe
ab Fabrik, Fabrikpreise. Gefl. Off. u. V. St. 42 an die Exped. d. Ztg.

Deutscher Eisenbahner-Verband
Halle (Saale).
Mittwoch, den 26. Januar cr., abends 6½ Uhr, im Volkspark, großer Saal:
Außerordentliche Hauptversammlung
Tagesordnung:
1. Das Ergebnis unserer Lohnbewegung. Ref. Bezirksleiter Kollege Porth.
2. Wahl eines Ortsangestellten.
Erscheinen aller Kollegen zu dieser wichtigen Versammlung ist unbedingt erforderlich.
Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne solches kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Billige **Küchen**
Einzelne Küchenschränke bis 1. Februar herabgesetzte Preise
Verkauf gegen bar auf Wunsch kleine **Teilzahlungen**
nur im Möbelhaus **N. Fuchs**
Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 58.

Elegante **Damentaschen**
aus prima Leder in großer Auswahl äußerst preiswert.
H. Krasemann, Lederwaren-Spezial-Geschäft,
nur Schmeerstraße 19.

Stellen finden
Suche selbständigen **Kunststein-, Terrazzo- u. Cement-Arbeiter,**
selbiger muß hauptsächlich in marmorierten Kunststein gut eingearbeitet sein. Antritt sofort, bei höchstem Lohn. Angebote an
Albin Fietsch, Kunststeinfabrikation. Gera-Debschwitz, Hermannstraße 13.

Makulatur zu verkaufen.
Verlag **Volksstimme** Gr. Ulrichstr. 27

Stadt-Theater
Dienstag, den 25. Jan., Anfg. 7½, Ende 9¼ Uhr: **Lysistrata**
Mittwoch, **Das Christelflein.**

Apollo-Theater Tägl. 7½ !
Die „**Närrische Liebe**"
Optte. v. L. Jessel (Komponist von Schwarzwaldmädel).
In den Hauptrollen: **Fanny Köbe Theo Lucas**

Thalia-Theater
Volkstümliche Vorstellung bei kleinen Preisen von 1,90—4,— Mk.
Mittwoch, den 26. Januar 21, abends 7½ Uhr: **Die spanische Fliege.**
Freitag, den 28. Januar 21, abends 7½ Uhr: **Der Biberpelz.**

Deutscher Ostbund. (Verein heimattreuer Deutscher Ostmärker).
Mittwoch, den 26. d. Mts., abds. 8.00 Uhr, im „Schultheiss", Poststrasse 5, I.: **Zusammenkunft.** Es spricht Pastor Büchner aus Posen über die jetzigen Verhältnisse in Posen. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Strümpfe jeder Art, neu und anstricken.
Winterstein, Oleariusstraße 9.

Theater- und Masken-Kostüme
Zeugner & Riedel
Inhaber: Gebhardt vorm. Gottschalck
Teleph. 3830. HALLE a. S. Teleph. 3830.
Leipzigerstr. 61/62, i. Hause d. Hall. Zeitung

Ia. **Rinderfett** Pfd. 14.80 goldgelbes, frisches.
Ia **Palmbutter** Pfd. 14.80
Ia **Schweine-Schmalz,** feinstes blütenweisses.
Ia **Margarine,** stets frisch, butterähnlich.
F. H. Krause

Reines **Schweine-Schmalz**
Pfd. Mk. 13.50
F. H. Krause

Von unten auf
Ein neues Buch der Freiheit
Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich
Aus dieser umfassenden Sammlung sozialer Dichtungen winkt dem Proletariat Freude am Leben u. Kraft zum Aufschwung. Ein dichterisches Andachtsbuch für den Sozialisten, das auch jeder Vortragende bei Veranstaltungen benutzen sollte.
Schön in Halbleinen gebunden 25.— Mk. und Teuerungszuschlag.
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstraße 27.

Sozialdemokratisches Handbuch
für die preussischen Landtagswahlen zum Preise von Mark 8.— empfiehlt
Buchhandlung der Volkstimme
Grosse Ulrichstrasse 27.

Zu beziehen durch die
Parteibuchhandlungen des Verbreitungsbezirks
Buchhandlung der Volksstimme, Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27.
Volksbuchhandlung Naumburg Marienstraße (nahe am Markt).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210124-13/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Vorstand, Wahlausschuß, Distriktsführer, Unterkassierer und Betriebskassierer. Montag abend 8 Uhr außerordentliche Sitzung in Wilsdorfs Gesellschaftshaus.

Frauenversammlung der S. P. D. Halle. Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus eine Frauenversammlung der Sozialdemokratischen Partei Halle statt. Gen. Flücht hält einen Vortrag. Alle Genossinnen sind dazu eingeladen. Gäste können eingeführt werden

Beamten-Werbeausschuß! Die Vorstände des Orts- und Bezirks-Beamten-Werbeausschusses treten am Montag, 24. 1., abends 8 Uhr, bei Wilsdorf zu einer Besprechung zusammen.

Jungsozialisten. Montag, 24. 1., abends 8 Uhr Zusammenkunft in Wilsdorfs Gesellschaftshaus. Vortrag über „Christentum und Sozialismus. Jungsozialisten! Werbt neue Mitglieder für unsere Gruppe und besucht regelmäßig die Vortragsabende.

Arbeiterjugend. Montag abend 1/8 Uhr Vorstandssitzung in Wilsdorfs Gesellschaftshaus. 1/7 Uhr findet eine Funktionärsitzung statt. Es ist Pflicht aller Funktionäre, pünktlich zu erscheinen.

Aus dem Stadtkreis.

Halle 24. Januar 1921.

Magistrat und Wohnungsnot.

Es geht nichts über eine großzügige Bevölkerungspolitik! Diesen Grundsatz vertritt der hallsche Magistrat mit hervorragendem Erfolge. Das trat in der Versammlung der Baugenossenschaft „Neu-Halle" recht zu Tage. Zu dieser Genossenschaft gehören einige Hundert minderbemittelte hallsche Bürger, die die Absicht haben, sich recht bald ein bescheidenes Eigenheim anzulegen. Als Baugelände haben sie den städtischen Grundbesitz ausersehen, der zwischen Südrand der Heide und Provinzial-Irrenanstalt Nietleben, westlich der Prachtstraße, gelegen ist, also für ärmere und zu fleißiger Arbeit gezwungene Menschen eine gesundheitlich höchst vorteilhafte Wohnlage. Aber: die Genossenschaft denkt, Herr Stadtrat Balke lenkt! Dieser Herr „Sachverständige" hat sich nämlich während der zahlreichen Verhandlungen zwischen Genossenschaft und Magistrat als „Wohnungsbaumonarch von Halle" benommen, dessen allmächtigen Willen Herr Stadtrat Fischer und das „Stadterweiterungsamt" zu gehorchen haben, und der es meisterhaft versteht, zum „Segen" der Bürgerschaft die Einrichtung von Siedelungen zu verhindern, ebenso es sich nicht um die von ihm beherrschte „Bauvereinigung für Kleinwohnungen" handelt. Wenn die paar kleinen Leute" schon bauen wollen, dann mögen sie es gefälligst dort tun, wo der Magistrat sonst keinen Dümmeren findet. Aber solches Gelände wie das an der Heide, das ist nicht dazu da, von Schrebergärten und Armeeuniformen „verschandelt" zu werden. So denkt und spricht Herr Balke und durch ihn der Magistrat, der auf Grund der Berichterstattung durch diesen Herrn vor der Genossenschaft „Neu-Halle" das Gruseln bekommen und ihr nach anfänglichem Entgegenkommen einen Korb gegeben hat. Natürlich hat die Genossenschaft gar keine Ursache, sich damit zufrieden zu geben. Sie hält es vielmehr für ihre Pflicht, das Gebaren dieses „wohlfreundlichen" Herrn der gesamten Bürgerschaft bekannt zu geben und bei Stadtverordneten und Magistrat nachdrücklich Einspruch zu erheben. **Alle diejenigen aber, die noch keine eigene Wohnung haben oder sich aus der Stadt heraus nach Licht, Luft und Erdgeruch sehnen, werden gebeten, der Baugenossenschaft „Neu-Halle" beizutreten und sich bei Herrn Schneidermeister Lange, Harz 36, einschreiben zu wollen.**

Marx gegen Lenin.

Eine Episode aus der Severingversammlung.

Als am Dienstag vergangener Woche in der Severingversammlung, mit der unsere Partei den Wahlkampf am Orte eröffnete, auch der Spitzenkandidat unserer Liste, der Gen. Waentig, einige Worte in der Diskussion sagte, wurde ihm von der Galerie zugerufen: „Marx und Engels waren Kommunisten." Ein Mitglied des Büros, das die Versammlung leitete, rief, die Hände an den Mund legend, zur Galerie empor: „Aber andere als ihr." (Der kommunistische Berichterstatter des „Klassenkampf" machte nach dem Lenitschen Rezept aus ihr das Wort wir, und legte den Zuruf auch noch Waentig in den Mund) Zu dieser kleinen, aber bezeichnenden Episode bringen wir folgende Gegenüberstellung aus der Nummer 3 der Metallarbeiter-Zeitung:

Moralische Grundsätze der 1. und 3. Internationale.

Das Statut der von Marx und Engels im Jahre 1864 in London ins Leben gerufenen I. Internationale, genannt „Internationale Arbeiter-Assoziation", legte für das Verhalten ihrer Mitglieder den für größte Menschen selbstverständlichen Grundsatz fest, das **Wahrheit, Recht und Sitte** als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und **gegen alle** ihre Mitmenschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis **oder Nationalität anzuerkennen sei.**

Lenin, Haupt der 3. Internationale, in seinem Buch: „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus", über das Verhalten der Kommunisten in den Gewerkschaften:

„Man muß es verstehen, wenn es nötig ist, sogar List, Schlauheit, **illegale Methoden,** Verschweigen der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen."

Wir brauchen nach dieser Gegenüberstellung nicht mehr betonen, daß die Kommunisten nicht den geringsten Anlaß haben, Marx und Engels für sich in Anspruch zu nehmen. Es bleibt schon bei dem Zuruf: „Andere wie ihr."

Eine wertvolle Vereinfachung der Wahlen

über die am 20. Februar abgestimmt werden soll. Zur Vereinfachung der Abstimmung am 20. Februar hat soeben der Minister des Innern verfügt, daß mit einem Stimmzettel zwei, bezw. drei Wahlen erledigt werden können. Zwei Wahlen, Landtags- und Provinziallandtagswahlen finden in den kreisfreien Städten statt; drei in den Landkreisen, in denen zu den genannten Wahlen noch die zum Kreistage tritt. Ein Stimmzettel, der für alle drei Wahlen gilt, würde so aussehen:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Landtag — Provinziallandtag — Kreistag.

Der Stimmzettel muß 9 zu 12 Zentimeter groß sein.

Der Wähler braucht also nur einen einzigen Zettel in den Umschlag zu stecken. Die namentliche Anführung der Kandidaten für die einzelnen Wahlen fällt weg.

Auch die Namen der Spitzenkandidaten brauchen nicht mehr angegeben zu werden. Es genügt als „Kennwort" der Name der Partei und die Angabe der Körperschaft bezw. Körperschaften, für welche der Stimmzettel gelten soll. Streichungen auf dem Stimmzettel sind zulässig. Wer also die eine der zu wählenden Körperschaften nicht wählen will, kann den Namen derselben auf dem Stimmzettel streichen.

Zum Schulstreik

wird uns von einem parteigenössischen Lehrer folgende Kritik geschrieben:

Anläßlich der sogenannten „Reichsgründungsfeier" hat der zur kommunistischen Partei gehörende Teil der hallischen Elternschaft einen unüberlegten Streich begangen, indem er seine Kinder vom gesamten Schulbesuche fernhielt und außerdem durch Streikpostenstehen die Kinder, deren Eltern nicht mitmachten oder nichts davon wußten, zur Heimkehr bewogen. Wenn auch zugegeben werden muß, daß das gesamte Vorgehen auf einen Wink von Berlin (oder auch Moskau) aus erfolgte, so liegt in ihm ein deutlicher Mißtrauensbeweis der hallischen Lehrerschaft gegenüber vor. Dadurch muß der in der Einrichtung des Elternbeirates liegende Gedanke eines ersprießlichen Zusammenarbeitens zwischen Schule und Haus Schaden leiden, während gerade die Angelegenheit der Gründungsfeier dazu angetan gewesen wäre, den Ausbau des Elternbeirates zu fördern. Durch eine kurze Aussprache zwischen Elternbeirat und Lehrkörper jeder einzelnen Schule wäre es nämlich zu erreichen gewesen, daß die Feier tatsächlich im Sinne der Eltern stattgefunden hätte oder daß, falls sie überhaupt eine Feier ablehnten, ihre Kinder erst nach ihr in die Schule gekommen wären. Die Lehrerschaft hätte aber auf alle Fälle den guten Willen der Eltern gesehen, alle vernünftigen Wege zur Begleichung von Zwiespältigkeiten einzuschlagen. Die den Elternbeiräten schon bisher zweifelnd gegenüberstehenden Lehrer haben nun die schönste Gelegenheit, diese Einrichtung noch mehr zu bekämpfen, und die Freunde von ihr haben doppelt schweren Stand. Die Möglichkeit neuer Meinungsverschiedenheiten kann doch täglich eintreten. Ihre Schlichtung wird unmöglich, wenn die kommunistischen Elternbeiräte bei ihrem Verfahren vom 18. Januar bleiben. Die neue Schule, welche von ihnen gewünscht wird, kommt aber nur mit der Lehrerschaft niemals ohne oder gegen sie zustande. Das möge sich die hinter jenen Drahtziehern stehende Elternschaft gesagt sein lassen. Die Zeche bezahlt stets und ständig ihr eigen Fleisch und Blut. G.

Wir können uns dieser Meinung nur anschließen.

Die Wählerlisten

liegen in Halle von Sonntag, den 23., bis mit Sonntag, den 30. Januar, von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im Fellbietungsraum des städtischen Leihamtes an der Marktkirche 1 (Eingang Hallmarkt-Treppe) aus.

Alle Wählerinnen und Wähler

müssen sich vergewissern, ob ihr Name in die Wählerliste eingetragen ist. Wer am Wahltage wählen will,

prüfe die Wählerliste.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Nach verschiedenen Nachrichten herrscht bei den für die bevorstehende Abstimmung in Oberschlesien in Betracht kommenden, außerhalb Oberschlesiens wohnhaften Abstimmungsberechtigten noch vielfach Unkenntnis darüber, daß die Frist für die Eintragung in die Stimmlisten am 2. Februar d. Js. abends 6 Uhr endet. Da die rechtzeitige Eintragung in die Stimmlisten die grundlegende Voraussetzung für die Abstimmungsberechtigung bildet, verspätete dahingehende Anträge aber keinerlei Aussicht auf nachträgliche Berücksichtigung haben, besteht die Gefahr, daß weite Kreise von Abstimmungsberechtigten ihres Wahlrechts verlustig gehen. Was das angesichts der Tatsache, daß die Erhaltung Oberschlesiens beim Reiche eine Lebensfrage für jeden einzelnen Deutschen darstellt und, daß ein für Deutschland günstiges Abstimmungsergebnis nur von der einmütigen Beteiligung sämtlicher Abstimmungsberechtigter an der Wahl erwartet werden kann, zu bedeuten haben würde, bedarf keiner Erörterung.

Es kann daher den Abstimmungsberechtigten nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, die Anträge auf Eintragung in die Stimmlisten ohne jeden Verzug in die Wege zu leiten. Wer nicht rechtzeitig in die Stimmlisten eingetragen ist, hat damit sein Stimmrecht verwirkt. Das wird niemand von den Abstimmungsberechtigten auf sich nehmen wollen. Wenn erforderlich ist, um die Eintragung in die Stimmlisten zu bewirken, kann bei den Ortspolizeibehörden erfragt werden, die jedem Abstimmungsberechtigten mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Besorgnis, daß die Reise ins Abstimmungsgebiet etwa mit Gefahren oder sonstigen Nachteilen verbunden sein könnte, braucht niemand zu hegen. Es ist deutscherseits alles veranlaßt, was dem Schutz und der Förderung der ins Abstimmungsgebiet Reisenden dienen kann.

Wie die Kommunisten sparen. Die Kommunisten trebsen damit, daß die Kommunalverwaltungen nicht sparsam genug mit den Steuergroschen umgehen. Wie sie selbst es aber damit halten, ergibt das Beispiel der Kommunisten im Saalkreise. Die unabhängig-kommunistische Mehrheit des Kreistages wollte bekanntlich den Abschluß eines Vertrages mit dem „Volksblatte", nach welchem dieses Blatte allein die Veröffentlichung aller amtlichen Bekanntmachungen übertragen werden sollte. Genosse Thiele hat bekanntlich in seiner Eigenschaft als Landrat diesen Beschluß beanstandet. Die Klage schwebt noch vor dem Bezirksausschuß. Bei Annahme des Antrages hätte der Kreis für die im vergangenen Jahre erfolgten Bekanntmachungen unter Abzug des zu gewährenden Rabattes immer noch etwa 67 500 Mark bezahlen müssen. Das vom Gen. Thiele herausgegebene Amts- und Verordnungsblatt hat dagegen an Selbstkosten vom Kreise nur zirka 12 500 Mark erfordert. Dem Kreise sind also rund 55 000 Mark erhalten geblieben, die die Kommunisten dem „Volksblatt" zuwenden wollten.

Ein Landratsfessel in Gefahr? Sangerhausen hat einen U. S. P.-Landrat, der bisher kommissarisch sein Amt verwaltete. Jetzt ist er vom Kreistag gewählt worden und hat wahrscheinlich auch die beste Aussicht bestätigt zu werden. Auf die „hallische Zeitung" hat dieser Landrat, von dem sie eine Zeitlang dachte, er würde Kommunist werden, schon immer wie Schnupftabak gewirkt. Auch jetzt niest sie wieder. Sie beschuldigt den p. p. Kasparet der unsauberen Weste. Er sei im Mai 1918 in Bukarest in Rumänien wegen Unterschlagung kriegsgerichtlich zu 6 Wochen mittleren Arrestes verurteilt worden. Wir werden berichten, was Kasparek darauf antwortet. Welcher Gedankengang dem Schreiber des fraglichen Artikels in der „D. Z." vorschwebte, als er die Ueberschrift wählte: „Der Oberpräsident der Provinz Sachsen und die Wahrheit" ist rätselhaft. Was Gen. Hörsing in der Beamtenkonferenz als eine Lüge der „hallischen Ztg." bezeichnete, bezog sich lediglich auf die Verleumdung Kasparets während seiner jetzigen Tätigkeit als Landrat.

Stellung der Medizinischen Wissenschaft zur Freigabe der Abtreibung! Es sei nochmals auf die Vorträge der Herren Prof. Dr. Abderhalden, Anton und Sellheim, die Freitag, den 28. Jan., abends 8 Uhr, in der Aula des Stadtgymnasiums stattfinden, hingewiesen. Die drei genannten Redner werden in ihrer Eigenschaft als medizinische Sachverständige Stellung zur Frage der Folgen der Abtreibung für die Volksgesundheit nehmen. Jugendliche unter 18 Jahren sind vom Besuch ausgeschlossen.

Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Halle. Heute, Montag, abends 7½ Uhr, im Volksparl (Restaurationssaal): Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Vorgänge in unserem Verband. 2. Lohnfragen. 3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Selbstmordversuch. In letzter Nacht versuchte ein Friseur in einem Eisenbahnwagen auf dem Personenbahnhofe sich dadurch das Leben zu nehmen, daß er mit seinem Revolver drei Schüsse auf sich abgab. In schwerverletzten Zustande wurde er mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt.

Standalsüchtige Nachtschwärmer. In letzter Nacht zogen etwa 100 bis 150 Personen beiderlei Geschlechts singend und johlend durch die Gr. Ulrichstraße. Der Aufforderung eines Polizeibeamten, sich ruhig zu verhalten, kamen sie nicht nach, sondern nahmen vielmehr eine drohende Haltung an, sodaß der Beamte gezwungen war, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen. Durch Hinzukommen mehrerer Beamten wurde die Ordnung wieder hergestellt.

Eingebrochen wurde in vorletzter Nacht in ein Alteisenlager auf dem Trotbaer Bahnhofe. Hierbei wurden 12 Zentner Gußeisen im Werte von 1000 Mark gestohlen.

Ein schöner Aufenthalt. Gestern nachm. wurde ein Arbeiter der in einem Hause in der Marienstraße in eine Wohnung eingebrochen war und Kleidungsstücke gestohlen hatte, in einem Abort desselben Hauses, wo er sich versteckt hielt, mit den gestohlenen Sachen vorgefunden. Er wurde festgenommen.

Unechte Schmuckstücke. Seit einiger Zeit werden ganz minderwertige und mit gefälschtem Goldstempel versehene Schmuckstücke in den Handel gebracht, die hauptsächlich von arbeitsscheuen Burschen mit Vorliebe auf dem Personenbahnhof als echte Sachen angeboten werden. Da die Gauner gewöhnlich vorgeben, die Sachen verkaufen zu müssen, weil ihnen das Reisegeld ausgegangen sei, finden sie leider immer wieder willige Abnehmer. Es kann nicht eindringlich genug vor dem Ankauf von Schmucksachen bei solchen Betrügern gewarnt werden.

Einbruchsdiebstahl. Am Abend des 21. d. Mts. haben zwei mit Karabinern bewaffnete Männer sich Eingang in eine Villa der Gartenstadt Schkopau erzwungen und Schmucksachen im Werte von über 100 000 Mark geraubt, mit denen sie in Richtung Halle geflüchtet sind. Es handelt sich um wertvolle Ohrringe aus Perlen, Opal, Emaille und Silber, einer goldenen Damenuhr M. N., eine Glashütter Damenuhr L. N., goldene Ringe usw. Vor Ankauf wird gewarnt. Sachdienliche Angaben werden umgehend an die Kriminalpolizei, Zimmer 78, erbeten.

Ermittelt wurden 2 Arbeiter, die in einer Ammendorfer Fabrik einen Treibriemen im Werte von 1150 Mark gestohlen hatten.

Stadttheater. Heute, Montag, abends 7½ Uhr wird die Operette „Der fidele Bauer" gegeben. Dienstag „Lysistrata", Mittwoch „Das Christelflein", Donnerstag „Königskinder", Freitag „Siegfried", Sonnabend „Als ich noch im Flügelkleide".

Thalia-Theater. Die Leitung des Stadttheaters veranstaltet in dieser Woche im Thalia-Theater zwei volkstümliche Vorstellungen bei kleinen Preisen von 1,90—4 Mk. Am Mittwoch wird der Schwank „Die spanische Fliege" von Arnold und Bach gegeben, am Freitag „Der Biberpelz", Komödie von Gerhart Hauptmann. Eintrittskarten sind zu haben an der Kasse des Stadttheaters.

Walhalla-Theater. Fortsetzung des Filmes „Vampire." Das Manuskript ist eine Kette von Verbrechertaten, die zu einem spannenden Ganzen geschickt verwoben sind, aber als Schauspiel abstoßend wirken müssen und keine Kunstwirkung haben. Grenzt die Darstellung der ausländischen Schauspieler auch etwas ans Pathetische, eine Erscheinung, die dem deutschen Charakter nicht so sehr zusagt, so ist die regietechnische Leistung und Charakterisierung der Einzelrollen dennoch groß. Die unvergeßliche Dorrit Weixler schüttet in dem Lustspiel „Auf Fürstpracht seiner Hoheit" den ganzen Blütenkorb ihres annutsvollen Schalk über den Zuschauer aus. Es ist bemerkenswert, daß vor Jahren aufgenommene Filme, wie dieses Weixler-Lustspiel, noch heute durch ihre glänzende Darstellung wirken können. H-r.

C. T.-Lichtspiele, Große Ulrichstraße. Den lebhaftesten Beifall erhält jeden Abend die kleine Tänzerin Editha Ott, die zu gleicher Zeit auch noch Filmschauspielerin ist. Eine anerkennenswerte Leistung, wenn sie auch wohl schon ein wenig über 9 Jahre ist. „Der Frauenarzt", das Hauptstück des Programms bewegt sich in den Grenzen des gewöhnten Kinodramas und appelliert erfolgreich an die sentimentale Seite des Besuchers. Ein lustiges Spiel, „Der Zwangsmieter", ergänzt die Vorführungen nach der vergnügten Seite hin.

U. T.-Lichtspiele an der Leipziger Straße. Die Zirkus-Tragödie: Geschwister Barelli ist ein gut motivierter, mit stellenweise geradezu raffinierter Technik durchgeführter Film. Theodor Loos als Gloramin Barelli gibt bei der ihm eigenen dimensionalen Vertiefung stark charakterisierter Rollen, eine vortreffliche Leistung. Ethel Orff als Gisa Barelli ist mit guter Mimik und beseeltem Spiel begabt, während Ferdinand von Alten schon durch die bei ihm altbekannte Eindringlichkeit des Ausdrucks eine hohe künstlerische Wirkung erzielt. Ein flottes Lustspiel mit Hilde Wörner und eine Bilderserie berühmter Männer fügen sich vortrefflich in den Rahmen des Ganzen ein.

Jugendweihe

Der Bildungsausschuß der S. P. D. beabsichtigt für diejenigen Kinder, die Ostern die Schule verlassen und deren Eltern unseren Zielen nicht feindlich gegenüberstehen, eine Jugendweihe zu veranstalten. Es werden auch Kinder auswärts wohnender Eltern dazu eingeladen. Der Festlichkeit voran gehen wird ein Unterrichtskursus für die daran teilnehmenden Kinder. Derselbe erfolgt durch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer und wird in nächster Zeit aufgenommen werden. Meldungen der daran teilnehmenden Kinder werden schon jetzt an das Parteisekretariat oder an die Redaktion erbeten.

Oberschlesier sichert Euer Stimmrecht!

Unsere Sonnabend-Ausgabe enthielt einen Aufruf der „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier" für alle Abstimmungsberechtigten Reichsoberschlesier zum schleunigen Antrag auf Eintragung in die Stammliste. Auch wir halten es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß es jetzt für jeden Abstimmungsberechtigten oberste Pflicht ist, sein Stimmrecht durch schleunigsten Eintragungs-Antrag zu sichern. Eine Pflicht besteht auch für diejenigen, die aus irgend einem Anlaß glauben, die Reise zur Abstimmung nicht antreten zu können. Wenigstens wie bei den Reichs- und Landtagswahlen, wo auch jeder Stimmberechtigte in der Stimmliste aufgeführt werden muß, weil durch diesen Eintrag, ohne daß damit eine bindende Verpflichtung zur Reise eingegangen wird, lediglich das Stimmrecht gesichert werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210124-13/fragment/page=0005

Provinz und Umgegend.

Zu den Differenzen im mitteldeutschen Bergarbeiterbezirk.

Der Berliner Schiedsspruch angenommen.

Gestern fanden im mitteldeutschen Kohlenbezirke vier Konferenzen statt und zwar in Leipzig für den Bornaer, in Köthen für den Anhaltischen, in Bitterfeld für den Bitterfeldschen und in Merseburg für den Hallischen Bezirk. In sämtlichen Konferenzen ist der in Berlin gefällte Schiedsspruch angenommen worden. Nur das Geiseltal ist damit nicht einverstanden. Da heute weitere Verhandlungen stattfinden, ist anzunehmen, daß noch bestehende Differenzen auf diesem Wege beigelegt werden. Der Widerstand des Geiseltals fußt auf die beispiellos geführte kommunistische Hetze.

Heute nachmittag 4 Uhr findet in Bitterfeld eine Bergarbeiterversammlung statt, welche von der W. R. O. einberufen wurde. Hier wird wahrscheinlich gegen den Schiedsspruch Sturm gelaufen werden

---

Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen.

Dies ist, wie schon mitgeteilt, der Titel des großen medizinischen Belehrungsfilmes, der vom 28. Januar d. J. ab in folgenden Orten des Kreises Bitterfeld vorgeführt wird: In Zörbig am 28. Januar, in Ostrau am 29. Januar, in Brehna am 31. Januar, in Roitzsch am 1. Februar, in Greppin am 2. Februar, in Bitterfeld am 3. und 4. Februar, in Wolfen am 5. Februar, in Sandersdorf am 7. Februar, in Holzweißig am 8. Februar, in Friedersdorf am 9. Febr., in Gossa am 10. Februar, in Zschornewitz am 11. Februar, in Golpa am 12. Februar, in Gräfenhainichen am 13. Februar, in Düben am 14. Februar.

Der Film, der auf Veranlassung und unter Mitwirkung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten von den Fachärzten Dr. med. C. Thomalla und Dr. N. Kaufmann hergestellt worden ist, ist keiner jener mit Recht abgelehnten Filme, die statt aufklärend eher animierend wirken. Er bietet rein wissenschaftliche Aufklärung und zwar in so klarer übersichtlicher Form, daß z. B. die Oberschulbehörden von Hamburg und Berlin den Film ihren Abiturienten haben vorführen lassen. Er bringt mikrokinematographische Bilder, bezeichnende Krankheitsfälle. U. a. zeigt er in überaus anschaulicher Weise das Eindringen der winzigen Krankheitserreger in den Körper, ihr Verhalten in der Blutbahn usw., kurz Dinge, über die sich das große Publikum aus der Beschreibung heraus meist ganz falsche Vorstellungen macht. Der Film wird begleitet durch den Vortrag eines Arztes. Angesichts der furchtbaren Tatsache, daß die Zahl der Geschlechtskrankheiten in Deutschland ins Unermeßliche gestiegen ist, ist zu hoffen, daß dieser Film in weitestgehendem Maße segensreiche Aufklärung in alle Schichten der Bevölkerung trägt und somit der Volksgesundheit wertvollste Dienste leistet.

Merseburg. Am 20. Januar fand im Restaurant „Hohenzollern" die erste ganz gut besuchte Frauenversammlung unserer Partei statt. Vorsitzende Genossin Scharch begrüßte die Erschienenen und eröffnete die Versammlung. Man ging sofort zur endgültigen Vorstandswahl über. Es wurde einstimmig gewählt als 1. Vorsitzende Genossin Krüger, 2. Vorsitzende Genossin Frenzel, Schriftführerin Genossin Heller. Sodann erteilte die Vorsitzende der Genossin Scharch das Wort. Rednerin brachte zum Ausdruck, wie die Frauenabende belehrend auf die Frauen einwirken sollen. Man müsse zuerst mit Vorlesungen aus sozialistischen Büchern anfangen, damit die Frauen über den Sozialismus aufgeklärt würden. Pflicht aller Frauen der Mitglieder der Ortsgruppe Merseburg sei es, sich zu organisieren; dabei sollten auch die mittleren und höheren Beamtenfrauen zugezogen werden, gegenseitiges Mißtrauen müsse gänzlich ausgeschaltet werden. Genossin Scharch sprach weiter über die Wahl am 20. Februar, jede Frau wisse, was für eine kolossale Bedeutung dieser Tag für uns hat, deshalb müsse jeder seine Stimme abgeben, denn nur eine große Sammelpartei kann die Ziele, die wir uns gesteckt haben, verwirklichen. Rednerin wies darauf hin, daß sich die Genossinnen recht rege an der Hausagitation beteiligen sollen. Genossin Krüger führte aus, daß nicht nur allein genügt, daß die Frauen ihre Stimme abgeben, sondern jede muß mitarbeiten an dem großen Werk. Wir dürfen uns das Frauenrecht nicht wieder nehmen lassen, welches uns die Sozialisten eingeräumt haben. Deshalb soll jede Genossin für die Sozialdemokratie agitieren. Genossin Scharch sprach über ihr Amt als Stadtverordnete und forderte auf, daß Material herbeigeschafft würde, das sie dann eventl. an maßgebender Stelle vorbringen könnte. Genossin Fiedler sprach über die ungerechte Wolleverteilung, daß gerade die Aermsten der Armen davon nichts zu sehen bekommen; ebenso stände es mit der Altkleiderverteilung. Genossin Krüger regte an, daß man auch einige Genossinnen bei der Kakaoverteilung gebrauchen könnte, um auch einen Ueberblick zu haben. Der anwesende Genosse Bauer sprach über die jetzt in Kraft tretende Grundschule. Ebenso sprach Genosse Riemcker sehr eingehend über den Schulunterricht in der Grundschule; es müsse unbedingt die Lehrmittelfreiheit eingeführt werden. Redner wies noch auf die Wahlen am 20. Februar hin und forderte alle Frauen auf, an diesem Tage tatkräftig zu helfen. Genossin Krüger sprach zum Schlusse noch über die Jugendbewegung. Es möge jede Genossin ihre erwachsenen Kinder zu den Abenden in den „Herzog Christian" schicken. Jeden Freitag ist von ½8 bis ½10 Uhr Zusammenkunft der Jugend. Rednerin wies noch darauf hin, daß die Jugend selbstverständlich immer ältere Genossen zur Seite habe. Der Vorsitzende schloß dann die gut verlaufene Sitzung um 10 Uhr abends.

Merseburg. Die allgemeine Ortskrankenkasse teilt uns mit: Eintrittskarten für die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten werden für unsere Mitglieder im Kassenlokal, Poststraße 1, zum Vorzugspreise von 50 Pf. ausgegeben. Ein Besuch ist dringend zu empfehlen.

Weißenfels. Stadtverordnetensitzung. Stadtverordnetenvorsteher Müller eröffnet die Sitzung um 6 Uhr. Stv. Junghans nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung zunächst das Wort zu einer persönlichen Bemerkung und erklärt die Gerüchte, die über seine Person umliefen für gemeine Lügen; er werde die Verbreiter derselben eventuell vor Gericht ziehen. Es kam dann nochmals die Interpellation der Demokraten betr. die städtischen Neubauten in der Neustadt zur Erörterung. Stadtbaurat Forster verwahrte sich gegen die Vorwürfe des unsachlichen Bauens. Nach näherer Aussprache, die durch teils persönliche Angriffe seitens der Kommunisten gegen die Interpellanten unnötig in die Länge gezogen wurde, ergab sich, daß die auf unsauberes Arbeiten einzelner Handwerker zurückzuführende Beanstandungen in sich zusammenfiel. Den Jahresbericht gab Stadtverordnetenvorsteher Müller. Auf allen Gebieten sei das Möglichste geleistet worden; allerdings hätten sich manchmal große Schwierigkeiten, besonders in finanzieller Hinsicht gezeigt und manches Opfer habe die Stadt bringen müssen. Dann schritt man zur Wahl des Vorstandes für das Jahr 1921. Zum 1. Vorsitzenden wurde Stv. Lüders (Komm.) mit 22 von 39 abgegebenen Stimmen gewählt. Zum 1. stellvertr. Vors. Stv. Seifert (Soz.), zum 2. stellvertr. Vors. Kubitzki (Komm.). Die Mitglieder der einzelnen Ausschüsse wurden durch Handaufheben einstimmig wiedergewählt. Zur Neuregelung der Kinder- und Ortszuschläge für die städt. Beamten führte Stv. Lehder aus, daß die Zuschläge nach der Verordnung vom 21. 12. 20 auch den städt. Beamten zu zahlen wären. Es wurde demgemäß beschlossen. Ein Antrag auf Anrechnung von 5 Dienstjahren auf das Besoldungsdienstalter eines Beamten wurde nach kurzer Aussprache abgelehnt, um keinen Präzedenzfall zu schaffen. Die Regelung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse eines Beamten wurden an den Magistrat zurückverwiesen. Der Bewilligung von Mitteln zur Durchführung des Werkunterrichts in den Volksschulen wurde zugestimmt. Die Ueberschreitung des Abschnitts XI A IV 2 des Haushaltsplanes um 1200 Mk. wurde aus Mitteln des allgemeinen Verfügungsfonds bewilligt, desgl. die Ueberschreitung des Abschnittes XI A IV 3 den Antrag betr. Bewilligung von Mitteln zur Durchführung der Quäkerspeisung und Wahl eines Ortsausschusses begründete Stv. Wieglepp (Soz.) und führte aus, daß die Speisung wohl aus Mitteln der Quäker erfolge, jedoch gehörten zur Durchführung derselben größere Summen, die durch die Stadt übernommen werden müßten, wenn nicht das Liebeswerk der Amerikaner in Frage gestellt werden solle. Die Speisung solle in der Hauptsache unterernährten Kindern und stillenden, sowie werdenden Müttern zugute kommen. Den Quäkern gebühre unser herzl. Dank. Stv. Frau Bach (Soz.) schlägt vor, auch die Tuberkulosen der Stadt Weißenfels bei der Speisung zu bedenken, was von Frau Brock (Unabh.) unterstützt wird. Stadtrat Kalbfleisch schließt sich dem Dank an die Quäker an und erwähnt, daß bereits für ca. 250 000 Mk. Waren nach hier unterwegs seien. Der Bewilligung von 35 000 Mk. zum Zwecke der Organisation der Speisung wird zugestimmt. In den Ortsausschuß werden gewählt 1. Stv. Frau Brock, 2. Stv. Frau Bach, 3. Stv. Frau Lorenz, 4. Stv. Herr Junghaus, 5. Stv. Herr Bach. Der Antrag auf Aufnahme einer Anleihe über 1 500 000 Mk. für das Elektrizitätswerk wird angenommen. Die Wahl von Bezirksvertretern und Stellvertretern und die Wahl von Steuerausschüssen erfolgen beide ohne vorherige Aussprache. Zur Schaffung von Büroräumen zu Verwaltungszwecken wurden 380 000 Mk. zum Ausbau des Ofenhauses der alten Gasanstalt bewilligt. Ferner wurde beschlossen, auf das Gebäude noch ein Stockwerk aufzusetzen und den Bau in eigener Regie zu führen. Darauf nahm man noch Kenntnis von einigen Magistratsbeschlüssen. Schluß der Versamlung nach 10 Uhr.

Bemerkung. Als recht bemerkenswert muß es jedenfalls angesehen werden, daß die Kommunisten trotz ihres Standpunktes der Ablehnung des parlament. Systems Anspruch gemacht haben auf die Besetzung von sogar 2 Stadtverordnetenvorsteherposten, besonders da sie nur mit 12 Köpfen in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind. Als Folgerichtigkeit kann ihnen so etwas schwerlich ausgelegt werden.

Naumburg. Auslegung der Wählerlisten. Der Magistrat macht bekannt: „Die Wählerlisten der Stadt Naumburg a. S. — ausschließlich des Domgutbezirks — für die Landtags- und Provinzial-Landtagswahlen liegen vom Sonntag, dem 23. Januar bis einschließlich Sonntag, dem 30. Januar 1921, und zwar an den beiden Sonntagen und am Dienstag, dem 25. Jan., von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags, an den übrigen Tagen von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und 3—6 Uhr nachmittags im Stadtverordneten-Sitzungssaale (Topfmarkt) zu jedermanns Einsicht aus. Das Recht der Einsichtnahme umfaßt auch die Befugnis, während der Auslegungszeit, ohne Beeinträchtigung des gleichen Rechts anderer Beteiligter, von den Wählerlisten Abschriften zu nehmen. Alle in die Wählerlisten eingetragenen Personen erhalten in den nächsten Tagen eine Karte mit der Angabe, in welcher Bezirksliste und unter welcher Nummer ihre Eintragung erfolgt ist. Wahlberechtigten, die keine derartige Karte erhalten haben, wird empfohlen, die Wählerlisten während der oben angegebenen Auslegungsfrist einzusehen und sich gegebenenfalls darin nachtragen zu lassen. Jeder, der die Wählerlisten für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb der Auslegungsfrist beim Magistrat schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen. Wenn der Einspruch nicht sofort für begründet erachtet wird, entscheidet über ihn die Gemeindeverwaltungsbehörde innerhalb 14 Tagen." Die Genossen in Naumburg tun gut daran, diese Bekanntmachung aufmerksam durchzulesen, damit keine Stimme für unsere Sache verloren geht.

Naumburg a. S. Genosse Waentig spricht! An der Volkshochschule spricht am Mittwoch, den 26. d. Mts. unser Genosse, der Volkswirtschaftler Waentig, über „Die Frage der Sozialisierung". Die Naumburger Genossen haben Gelegenheit, einen Wissenschaftler von Ruf und dazu einen Sozialisten, über diese bedeutsame Wirtschaftsfrage zu hören. Der Vortrag ist in der Marienschule. Einzelkarten in der Volksbuchhandlung. — „Die Frage der Sozialisierung" ist der zweite Abend der Aufbau-Vortragsreihe, die die Kernfragen der Gegenwart zu erschöpfen sucht. Der erste Abend handelte von „Modernen Erziehungsfragen". Dr. Gedda Korsch, Jena-Wickersdorf, stellte die Schule als abhängig von der Gesellschaftsform hin und forderte eine Umstellung der gegenwärtigen Gesellschaftsform. Was sie außerdem über die Einheitsschule und über die Jugendbewegung sagte, fand den restlosen Beifall aller Ernstdenkenden. — Soziales Arbeitsrecht lautet die volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft, die Dr. Barthmann, wissensch. Mitarbeiter beim Magistrat, am Montag, den 24. Januar, 8 Uhr, Marienschule, beginnt. Auch dieser interessante Kursus ist den Genossen warm zu empfehlen.

Roßleben. Reichsgründungsfeier. Die Wiederkehr des Tages der Reichsgründung ging natürlich auch an unserem Orte nicht spurlos vorüber. Man lud alle Einwohner zu einer sog. „unpolitischen" Feier ein. Der deutschnationale Herr Prof. Most schwang natürlich eine große Festrede. Was er sagte, kann sich jeder selber denken. Der allgemeine Gesang „Deutschland, Deutschland über alles" fehlte auch nicht. Es war so recht ein Fest für die Spießbürger. Unsere Roßleber Zeitung ergießt sich in Freudentönen über diese vortreffliche Feier. Der Rektor der Volksschule, Herr Keller, gestattete den Kindern, daß sie die Feier am Abend besuchen dürften. Mit dieser Handlung des Herrn Keller dürfte sich wohl der Elternbeirat der Volksschule noch zu beschäftigen haben.

Roßleben. Gemeindevertretersitzung. Am 21. Januar tagte unsere Gemeindevertretung. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde einem Antrag zugestimmt, die Wasserleitung bis zum Knabeschen Neubau am Friedhofswege zu verlängern. Die Erdarbeiten führt die Firma Knabe auf ihre Kosten aus. Zu Punkt 2 wurde ein weiterer Antrag genehmigt, von dem Vorplatz des Hermann Herbstischen Arbeiterwohnhauses, Mühlstraße 2, einige Quadratmeter zu verkaufen. Es soll dafür der ortsübliche Preis erhoben werden. Punkt 3 der Tagesordnung betraf einen Antrag des Steuererhebers auf Erhöhung seiner Bezüge. Die Gemeindevertretung stimmte einer Erhöhung auf 350 Mk. pro Monat, ab 1. Januar, zu. Unter Geschäftlichem wurde ein Blumentag für die Oberschlesier genehmigt. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Einnahmen für das Wassergeld die Ausgaben knapp decken. Um aber einen Reservefond für größere Reparaturen zur Verfügung zu haben, soll das Wassergeld um 5 Pfg. auf 50 Pfg. pro Kubikmeter erhöht werden. Da dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung stand, konnte der Beschluß noch nicht gefaßt werden. Der Antrag wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt. Zuletzt wurde Bericht erstattet über den Stand der Siedlungsfrage. Da Industriearbeiter bei der Siedlungsfrage leer ausgehen, will sich die Gemeinde mit der Domäne Wendelstein in Verbindung setzen, zwecks pachtweiser Ueberlassung von ca. 200 Morgen zurechtgemachten Kartoffellandes.

Sangerhausen. Die „Sangerhäuser Zeitung" gebärdet sich in Artikeln, Notizen, Sperrdrucken von nationalistischen Revanchetiraden immer herausfordernder. Sie ist ja nur das typische Beispiel der Generalanzeigerpresse, die in der Verhetzung nach einem „altbewährten" Schema arbeitet. Genossen! Der einzige Weg, der Wahrheit den Weg zu ebnen, ist die Abbestellung dieser Kreis- und Anzeigenblätter! Werbt alle für die „Volksstimme" und schließt die Phalanx am 20. Februar, indem Ihr sozialdemokratisch wählt.

Bitterfeld. Sie fischen im Trüben. Verschiedene Stadtverordnete der bürgerlichen Gruppe machen ihrem Herzen in Kriegervereinen Luft. Sie schimpfen über den in seiner Mehrheit sozialistischen Magistrat und arbeiten hierbei mit bekannten demagogischen Mitteln. Friedhof und Friedensstraße sollen zu viel Geld verschlungen haben. Damit also, daß sich diese Herren als sparsam und uns als verschwenderisch hinstellen, gehen sie krebsen. Daß sie natürlich bei jeder Gelegenheit die Politik der sozialistischen Mehrheit zu sabotieren versuchen, versteht sich von selbst. Dasselbe Gezeter stimmt man über das Stadtgut an. „Nur keine Selbstbewirtschaftung!" ruft man. Der Kübel der Niederträchtigkeit wird über die Gutskommission und den Magistrat ausgeschüttet. Man würde diesem Vorgehen keine Bedeutung beimessen, wenn das Ganze nicht nach dem Grundsatze „Verleumde nur immer, es bleibt etwas hängen!" darauf abzielte, Stimmvieh für die nächsten Stadtverordnetenwahlen zu sammeln. Hoffentlich fallen die Arbeiter und Beamten auf diesen Schwindel nicht herein, sondern wählen bei der nächsten Stadtverordnetenwahl wieder die alte bewährte Stadtverordnetenmehrheit. Trotz alledem!

Falkenberg. Eröffnung des Wahlkampfes in Falkenberg. Donnerstag, den 21., sprach vor einer gut besuchten Versammlung der Oberpräsident Gen. Hörsing. Redner verstand es, in zweistündigen Ausführungen die zahlreichen auch von auswärts erschienenen Genossen zu fesseln. Langanhaltender Beifall belohnte den Gen. Hörsing. Die Veranstaltung hatte auch einen klingenden Erfolg; es wurden 215,60 Mark gesammelt. 12 Mitglieder ließen sich neu eintragen; der „Volksstimme" wurden 7 neue Leser gewonnen. Ein guter Auftakt zur roten Woche. Ueber das Gesamtergebnis wird noch berichtet werden. (Unseren Falkenberger Genossen ein herzliches Wort der Anerkennung und Aufmunterung zu weiteren Erfolgen. D. R.)

Falkenberg. Zur Nachahmung empfohlen. Der Kaufmann Mack, sonst wohnhaft in Halle, spendete der Gemeinde für bedürftige Konfirmanden 10 Meter guten Anzugstoff. Wenn jeder Stoffhändler nur einen Anzug geben würde, wieviel Not könnte da gesteuert werden! Viele Kinder gehen zu Ostern aus der Schule und haben keinen Anzug.

Aus aller Welt.

Boitzenburg, 21. Januar. (Munitionsexplosion.) Heute nachmittag ereignete sich in dem benachbarten Zweedorf bei der Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgut eine Explosion bei Ausbrennen von Granaten. Durch herumfliegende Granatsplitter wurden mehrere Arbeiter zwar nicht unerheblich, aber auch nicht lebensgefährlich verletzt. Tote sind nicht zu beklagen.

Westerland, 22. Januar. (An den Strand getriebene Mine.) Gestern nachmittag explodierte am Westerlander Strand eine von dem heftigen Nordweststurm losgerissene und hier angetriebene Mine. Der Sachschaden ist sehr erheblich; etwa 100 Fensterscheiben wurden durch den Luftdruck zertrümmert. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

London, 23. Januar. (Verunglücktes Unterseeboot.) Die Admiralität gibt bekannt, daß das Unterseeboot K. 5 am 20. d. M. mit der gesamten Besatzung, ungefähr 57 Mann, hundert Meilen westlich Landsend untergegangen ist.

Das intelligenteste Tier. Dumas der Aeltere behauptete, der Fuchs sei das intelligenteste aller vierfüßigen Tiere und wettete mit einem Freunde, der behauptete, der Hund sei klüger. Um die Wette zu entscheiden, band Dumas einen Hund und einen Fuchs an zwei gleichlange Ketten in solchem Abstand voneinander, daß sie weder einander noch einen Teller mit Fleisch erreichen konnten, den er mitten zwischen die Tiere setzte. Sowohl der Hund wie der Fuchs machten die verzweifeltsten Anstrengungen, an den Teller zu kommen, aber nach einer Stunde legte sich der Hund verzichtend nieder. Der Fuchs dagegen drehte sich, als ob ihm ein neuer Gedanke gekommen sei, vollständig um und streckte sich so weit wie möglich nach hinten. So konnte er den Teller mit der Hinterpfote erreichen und zu sich heranziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Albert Wagner, Lindenstraße. Das betreffende Schreiben ist dem Reichstagsabgeordneten Rich. Krüger übersandt worden.

Ein Genosse, der die Adresse Fritz Kummers wissen wollte. Wir sind benachrichtigt worden, daß Kummer am „Offenbacher Abendblatt, Offenbach a. M., Herrenstr. 16, ist.

Verantwortlich Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanzke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil K. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Freier Sängerchor Halle M. d. D. A. S. B. **Freitag,** abend, 8 Uhr, im Vereinslokal „Stadt Dresden", Martinstr.: **Uebungsstunde.**

Zum Stiftungsfest dürfen nur Sänger mitsingen, die jede Probe pünktlich besuchen.

Der Vorstand.

Über **Pilo**
den hervorragenden Schuhputz
führt der Weg
zu blanken Stiefeln
Verlangen Sie überall „Pilo-Extra"
(friedensmässig hergestellt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210124-13/fragment/page=0006